Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmk. + 5 Pf. Trägerlohn = 0.42 Rmk., monatlich 1.55 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmk. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmk.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 27 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. **Einzelnummer 10 Pf.**

43. Jahrgang **Freitag, den 22. Januar 1932** **Nr. 18**

Sensationelle Rede in der französischen Kammer

Parteifreund Briands macht einen großzügigen und sensationellen Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage — Er will eine Teilabrüstung damit verbinden gegen Unterzeichnung des Garantiepakts durch die USA.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Kammer wurde am Donnerstagnachmittag die Interpellationsdebatte über die Zusammensetzung und die Außenpolitik der Regierung fortgesetzt.

Der erste Redner der Sitzung, der **radikale Abgeordnete Regaro**, erklärte, häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, die wichtigste Frage sei, ob die Regierung das Vertrauen des Parlaments habe. Seit dem Rücktritt Poincarés befände man sich einer Ministermannschaft gegenüber, die eine Politik durchgeführt habe, deren Ergebnis man heute sehe: landwirtschaftliche Krise, Finanz- und Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Staatshaushalt mit einem offenen Defizit, leere Staatskasse, Aufhebung des Young-Plans usw. Von dem verblaßten Wohlstand bleibe Frankreich nichts anderes als der Ruf übrig, die einzige zahlungsfähige Nation Europas zu sein. (Beifall links.) Die an dieser Situation Schuldigen nähmen heute die Ehrenplätze ein und **die Verantwortlichen säßen in der Regierung.** (Großer Beifall links, Proteste rechts.) Man wundere sich darüber, daß die radikale Partei sich geweigert habe, mit den für diesen Zusammenbruch verantwortlichen Männern zusammenzuarbeiten. Mangels einer solchen Zusammenarbeit würde die radikale Fraktion der Regierung eine desinteressierte Unterstützung geben, wenn sich die Regierung in außenpolitischen Schwierigkeiten befände. Aber auch dazu wäre es noch nötig, daß die Radikalen Vertrauen zu den Männern hätten, denen die schwere Aufgabe dieser Politik anvertraut ist.

Der Mann aber, der den Friedenswillen Frankreichs verkörpere, sitze nicht mehr in der Regierung.

(Großer Beifall links und in der Mitte.) Es gehöre eine große Autorität dazu, einen Mann zu ersetzen, der über ein solches internationales Prestige verfügte. Man müsse einige Beunruhigung darüber empfinden, ob Laval diese Autorität besitze. (Beifall links.)

Der nächste Interpellant war der **sozialistische Republikaner Forgeot**, dessen Ausführungen vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört wurden. Ihn beschäftige eine einzige Frage. Er erklärte Forgeot: Ist es angesichts der großen Probleme, denen die Welt gegenübersteht, nicht möglich, eine klare, praktische und einfache Formel für eine französische Lösung zu finden, die jedermann verständlich ist? Das wesentliche Kennzeichen der Weltkrise bestehe darin, daß ihre Wirkungen nacheinander Ursachen werden, die wiederum neue Wirkungen hervorrufen. **Deutschland könne seine Reparationszahlungen nur leisten, wenn es genügend produziere. Es sei durch die Krise mehr als andere Länder betroffen, weil es mehr produzieren müsse. Gegenwärtig beherrsche Furcht die ganze Welt. Nur wenn das Vertrauen zurückkehre, könnte die Krise allmählich verschwinden. Welche Vorbedingungen sind für die Rückkehr des Vertrauens erforderlich: eine wesentliche, nämlich die vollständige und wirklich endgültige, einfache und klare Lösung des miteinander verbundenen Problems der Reparationen und Schulden, der Sicherheit und der Abrüstung.** Das Recht Frankreichs auf die Reparationen gehe nicht nur auf den Versailler Vertrag zurück, sondern vor allem auf den Young-Plan. Es sei, wie Léon Blum ausgeführt habe, ein öffentliches Recht.

Man sei mit Recht darüber empört, daß Frankreich die zwei Milliarden, die ihm nach dem Young-Plan zustehen, opfern solle, um Deutschland zu erlauben, seine Privatschulden zu bezahlen. **Aber die Empörung sei keine Lösung. Die Stunde zu einem einfachen und klaren französischen Vorschlag, der an die ganze Welt gerichtet werde, habe jetzt geschlagen.** Worin bestehe dieser Vorschlag? **Wäre es nicht möglich, ohne unsere Sicherheit zu verringern, an unserem Militärbudget eine Summe einzusparen, die den Young-Plan-Zahlungen entspräche? Läge darin nicht der Versuch einer klugen Lösung?**

Frankreich müßte sich offen an Amerika, das de facto wirtschaftlich und vielleicht auch militärisch den europäischen Kontinent beherrscht, mit folgendem Vorschlag wenden: Frankreich verzichtet auf sämtliche deutsche Zahlungen gegen Erlaß der Schuldenzahlungen, Herabsetzung der militärischen Ausgaben um 25 Prozent gegen die Unterschrift Amerikas unter den Garantiepakt von 1919. (Großer Beifall links und auf einigen Bänken der Mitte, Bewegung rechts.) Die Frage ist natürlich, ob dieser Vorschlag Frankreich und Amerika genehm sei. Was Frankreich betrifft, sei das augenscheinlich. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, beschränke er, der Redner, sich auf die Feststellung, daß die Politik darin bestehe, zwischen verschiedenen Gefahren zu wählen. Deutschland könne morgen in einem Anfall von Massenwahnsinn Frankreich von neuem überfallen, weil es Frankreich geschwächt glaubt. **Der beste Schutz gegen eine solche Gefahr bestehe nicht darin, noch mehr zu rüsten, sondern England und Amerika hinter sich zu haben.** Für Amerika habe der Vorschlag den Vorteil, daß es der einzige Gläubiger seines größten wirtschaftlichen Gegners von morgen, Deutschlands, sein würde. Man könne allerdings einwenden, daß Amerika sich stets geweigert habe, den Garantiepakt zu unterzeichnen. Aber seit 13 Jahren habe sich die Lage geändert. England habe das Locarnoabkommen unterzeichnet und Amerika predige heute Europa die Abrüstung. Präsident Hoover habe Frankreich im vergangenen Jahre um seine Unterstützung zugunsten einiger Banken gebeten. **Warum solle Frankreich nicht seinerseits Amerika um Unterstützung zugunsten der Menschheit und des Friedens bitten?** (Großer Beifall links.) **Ein klares Wort Amerikas würde das Heil für die Welt sein. Frankreich müsse die Initiative zu diesem Vorschlag ergreifen. Es dürfe nicht weiter an einer negativen Politik festhalten.** (Großer Beifall links und auf einigen Bänken der Mitte).

Es folgt eine Sitzungspause, während der in den Wandelgängen der Vorschlag Forgeots lebhaft erörtert, aber fast allgemein als undurchführbar bezeichnet wurde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Abgeordnete Dubois von der Fraktion Marin. Ganz Deutschland, so erklärte er, durch eine bewundernswerte Kampagne aufgestachelt, wolle jetzt keinen Pfennig an Reparationen mehr bezahlen. Daran sei die unbesonnene Erklärung Brünings gegenüber dem englischen Botschafter zurückzuführen. Die Antwort der französischen Regierung darauf sei bekannt (Regierungserklärung vom Dienstag). Er, der Redner, könne die endgültige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands nicht zugeben. **Er sei im Prinzip für eine Unterbrechung der Zahlungen während zwei oder drei Jahren gemäß den Bestimmungen des Youngplans, d. h. unter Fortsetzung der Zahlung der ungeschützten Annuitäten. Frankreich könnte dann gegenüber Amerika und England von den Schuldzahlungen für die Schutzzahlungen Deutschlands [illegible] Frankreich müsse trotzdem die Zinsen für die aufgeschobenen Raten weiterzahlen, die beträchtliche Summen ausmachten. Auf diese Weise würde Frankreich jährlich unter Einrechnung der fehlenden deutschen Zahlungen einen Verlust von 4 Milliarden zu tragen haben. Diese Situation sei natürlich unannehmbar. Andererseits müsse man sich fragen, ob Frankreich noch irgendwelche Mittel zur Verfügung habe, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen.** Diese Frage unterbreite er der Regierung. (Beifall rechts.)

Die Kammer beschloß, die Debatte in einer um 9 Uhr beginnenden Nachtsitzung fortzusetzen.

Paris, 22. Januar. (Eig. Funkbericht.)

Die Kammer hat entgegen der Erwartung und dem Wunsche der Regierung die Interpellationsdebatte in der Nachtsitzung noch nicht beendet. Kurz vor 2 Uhr morgens deutscher Zeit wurde die Debatte unterbrochen und auf Freitag nachmittag vertagt, da es als unmöglich erschien, bis zum frühen Morgen zur Abstimmung zu gelangen. Laval hat auf die Interpellationen bisher noch nicht geantwortet.

Die Nachtsitzung wurde mit einer Rede des nationalistischen Abgeordneten Dessol eingeleitet. Am Schluß seiner Rede rief er einen sehr peinlichen Zwischenfall hervor. Dessol erklärte, er werde für die Regierung stimmen, und er spreche den Wunsch aus, daß die Mehrheit möglichst die ganze Kammer umfasse und daß es in der Kammer nur Vertreter Frankreichs und nicht auch Vertreter Deutschlands gebe. Diese Worte gaben auf der Linken Anlaß zu ungeheuren Tumultszenen. Dessol versuchte, seine Worte abzuschwächen, tat aber in Wirklichkeit das Gegenteil, indem er erklärte, er wünsche, daß es in der Mehrheit nur Verteidiger der französischen These und keine Verteidiger der deutschen These gebe. Die Linke verlangte energisch, daß der Redner von der Tribüne abtrete, und vollführte einen derartigen Lärm, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung erhielt der Abgeordnete Marin das Wort. Er gab zu, daß es sehr schwierig sei, Laval zu interpellieren, weil diejenigen, die ihn zu bekämpfen scheinen, auch zu bedauern schienen, daß sie nicht für ihn stimmen könnten und weil der Ernst der sich überstürzenden Ereignisse in Wirklichkeit alle Parteien beunruhige. Marin fügte aber hinzu, daß er für die Regierung stimmen werde. Seine weiteren Ausführungen liefen auf die Forderung hinaus, den ungeschützten Teil der Young-Zahlungen bis zum äußersten zu verteidigen.

Im Anschluß an Marin kam Herriot zu Wort, der insbesondere gegen das Reparationsinterview des Reichskanzlers polemisierte. Die deutsche These sei unzulässig. Unterschriften unter bestehende Verträge müssen respektiert werden.

Die blauen Gläser

Der Skandal bei der Evangelischen Zentralbank — Die deutschnationalen Direktoren haben zahlreiche Betrügereien und andere Gaunereien begangen

Der Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank wächst sich zu einem der größten Skandale aus, den wir in den letzten Jahren, die noch reich an Bankaffären waren, erlebt haben. Vorläufig hat **der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren gegen die verhafteten Direktoren, die Brüder Runck, wegen Unterschlagung und Betrug eingeleitet.**

Der Staatsanwalt wird bei der Zentralbank reichlich Arbeit finden. Es steht fest, daß **die beiden Runcks, zwei deutschnationale Leuchten,** unter dem Mantel der Religiosität gegaunert und betrogen haben, daß ihre „Tätigkeit als Bankiers“ den Tatbestand von Dutzenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs erfüllt. Es ist **den beiden** Gaunern sogar **gelungen, Teile eines Kredits in ihren Taschen verschwinden zu lassen,** den die dem Deutschen Reich gehörende Bau- und Bodenbank AG., selbstverständlich mit Genehmigung der Reichsregierung, vor allem des Reichsarbeits- und des Reichsfinanzministeriums, dem Zentralausschuß für Innere Mission zur Verfügung stellte. Es soll sich hier um **eine Summe von einer Million Mark** handeln. Nach Lage der Dinge wird die Deutsche Bank- und Bodenbank bzw. das Reich kaum einen Schaden erleiden. Denn **der Kreditnehmer, der Zentralausschuß für Innere Mission, hat für diesen Kredit geradezustehen** und verfügt immerhin über Einnahmen, die es zulassen, den Kredit, wenn auch auf lange Zeit verteilt, abzudecken. Leiden wird aber die Wohlfahrtspflege, der natürlich die Gelder, die die Gebrüder Runck für sich verbraucht haben, entzogen werden.

Alles in allem:

ein Skandal, der seinesgleichen sucht

und der jene Geister kennzeichnet, die so gerne von „roter Korruption“ sprechen, die sich als „Marxistentöter“ gebärden und das deutsche Volk von „roten Fesseln freimachen“ wollen.

Die Gebrüder Runck, die jetzt hinter den schwedischen Gardinen sitzen, gehören zur Elite der evangelischen Kirche.

Sie haben aus ihrer schwarz-weiß-roten Einstellung niemals einen Hehl gemacht und **die rechtsradikale Bewegung finanziell unterstützt.** Daß das zu Banken von Tausenden von Sparern ging, die gerade nicht über Güter verfügen, die die Motten und der Rost fressen, ist eine andere Sache.

Der Ruf der Gebrüder Runck ist nicht der beste und war noch nie der beste. Schon seit Jahren hat die Handelspresse [illegible] Machenschaften der Brüder Runck [illegible] wie man an die Kreise der evangelischen Kirche herankam. Sie hatten das Salbungsvolle in Ton und Rede, sie vergaßen nie, wenn sie Geschäfte machen wollten, den schwarzen Schlips umzubinden und die Maske des religiösen Mannes anzunehmen. So gewannen die Runcks für ihre Bank, die jetzt pleite gegangene Evangelische Zentralbank, die lange Zeit nichts mit der Inneren Mission zu tun hatte, in den Kreisen der evangelischen Kirche tausende von Sparern, die ihre Notgroschen bei den Runcks anlegten. Die Runcks kauften sich dafür einen Industriekonzern zusammen, Porzellangesellschaften, Grundstückskonzerne, Marmeladefabriken usw., und zwar unter Umständen, die mehr als auffällig waren. Das Treiben — und das spielt auch sicherlich in die Frage, wer zuletzt verantwortlich ist hinein — wurde schließlich so arg, daß in evangelischen Kreisen seinerzeit eine Bewegung entstand, die darauf abzielte, der Evangelischen Zentralbank der Gebrüder Runck die Bezeichnung „Evangelisch“ zu nehmen. Wie ist es nun zu dem **Zusammenarbeiten zwischen der Evangelischen Zentralbank und der Inneren Mission bzw. der evangelischen Kirche** gekommen?

Selbstverständlich sorgten die Gebrüder Runck dafür, daß in ihrem Aufsichtsrat solche Pastoren vertreten waren, die zugleich bei der Inneren Mission mimten. Hier wird vor allem **Pastor Beutel** genannt, der sowohl im Aufsichtsrat bei den Runcks als auch im Aufsichtsrat bei der Inneren Mission saß. Nun kam der **Zusammenbruch der evangelischen Bausparkonzerne, der Depaheim und der Deuzag.** Die Innere Mission geriet in Schwierigkeiten, der Zentralausschuß der Inneren Mission hatte Bürgschaftsleistungen zu erfüllen und sah sich nach Hilfe um. **Hilfe boten die Brüder Runck an, obwohl damals schon feststand, daß sie mit ihren Porzellan-, Marmeladen- und Grundstücksgesellschaften schwer reingelegt waren und hoffnungslos dastehen.** Ohne Zweifel sind die Runcks von vornherein darauf ausgegangen, die Innere Mission hereinzulegen. Die Innere Mission sollte ihnen Hilfe bringen. Daran, daß die Runcks der Inneren Mission helfen konnten, war nicht zu denken. Der Zentralausschuß der Inneren Mission ist wohl anscheinend auf die Offerte der Runcks eingegangen, um die Sorge für die betrogenen Depaheim- und Deuzagsparer loszuwerden. Der eine der Brüder Runck sprang hier ein und arrangierte alle möglichen Gebilde u. a. einen Gläubigerausschuß und die Notgemeinschaft der Inneren Mission, der die Sammlung von freiwilligen Gaben anvertraut wurde. Im übrigen erfolgte die Gründung der Allgemeinen Bank und Bank-

sparkasse AG. durch die Runcks. Das sollte die große Aufnahmeorganisation für die Devaheim- und Deuzagsparer sein. Hier passierte nun folgendes Malheur: Auf Grund der Neuregelung bei den Bausparkassen war eine Konzession zu erteilen. Die Allgemeine Bau- und Zwecksparkasse AG. der Gebrüder Runck versäumte (!) aber den Termin, der für die Einreichung des entsprechenden Konzessionsantrages festgesetzt war. Die Konzession war also nicht zu erhalten. Darauf kauften die Runcks eine kleine Bausparkasse, die Bauhilfe Rat und Tat, die noch nicht einmal über ein Dutzend Mitglieder verfügte und die ihr Dasein im Verborgenen fristete.

Zweifellos hat sich hier eine Bedenklichkeit auf die andere gehäuft. Vor allem ist zu beobachten, **daß die Gebrüder Runck unter den betrogenen Devaheim- und Deuzagsparern Propaganda für eine Bausparkasse zu einer Zeit machten, in der sie über keine Bausparkasse verfügten.** Daß muß der Inneren Mission bekannt gewesen sein. Trotzdem hat man dem einen der Runcks Generalvollmacht erteilt; er hatte mit der Deutschen Bau- und Bodenbank über einen Kredit zu verhandeln, der auf rund acht Millionen Mark begrenzt wurde.

Dieser Kredit sollte die Bank der Gebrüder Runck, die Evangelische Zentralbank wieder flott machen, und zwar geschah das in der Weise,

daß die Evangelische Zentralbank aus dem Kredit der Bau- und Bodenbank Gelder nahm und für sich verwandte, die ihr nicht zustanden.

Von dem Kredit in Höhe von acht Millionen Mark dürften der Evangelischen Zentralbank rund 1,5 Millionen Mark zugeflossen sein. Man behauptet, daß der Bank aber nur 500 000 Mark zustanden.

Die Affäre der „blauen Stinkers" wirft ein äußerst bedenkliches Licht auf gewisse Kreise der evangelischen Kirche. Sie zeigt, daß sich hier Kirchlichkeit und Religiosität mit hemmungsloser Geschäftemacherei verbinden. Der Staatsanwaltschaft ist jetzt die Aufgabe zugefallen, die Angelegenheit zu klären, nachdem die Affäre der Gebrüder Runck in Kreisen der Wissenden schon seit langem bekannt war. Der Zentralausschuß für Innere Mission muß von den eigentümlichen Geschäften der Evangelischen Zentralbank und des von ihnen generalbevollmächtigten Runck gewußt haben. Er hat geschwiegen. Erst der Zusammenbruch der Bank und wahrscheinlich auch das Eingreifen der Bau- und Bodenbank hat die Staatsanwaltschaft auf das Treiben der Brüder Runck aufmerksam gemacht.

Der Kampf um die Kürzung der hohen Pensionen

Nazis sabotieren die Kürzung

Die Rechte dagegen, ebenso natürlich die Kommunisten

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Donnerstag die zweite Beratung des Pensionskürzungsgesetzes. Die Regierung ließ erklären, daß ihr am Zustandekommen des Gesetzes viel gelegen sei, weil sonst die ganze Frage nie zur Ruhe komme und weil selbst die durch Notverordnung verfügte Kürzung der Pensionen der Gefahr ausgesetzt sei, durch Gerichtsurteil als rechtswidrig aufgehoben zu werden. Der Ausschuß will daher versuchen, alle diese Bestimmungen der Notverordnung in das neue Gesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedarf, um gegen Anfechtungen auf dem Prozeßweg geschützt zu sein, hineinzuarbeiten. **Das Zustandekommen des Gesetzes ist aber noch sehr zweifelhaft,** da die Nationalsozialisten durch ihr Fernbleiben Sabotage treiben und **die übrigen Rechtsparteien sich allen Kürzungsbestrebungen widersetzen.**

Der deutschnationale Abgeordnete Langemann und der Volksparteiler Morath wandten sich übereinstimmend gegen die Beschlüsse der ersten Lesung.

Abg. **Roßmann** (Soz.) trat den Vorrednern scharf entgegen, mit der Feststellung, daß nur derjenige von einer Wohlfahrtsunterstützung sprechen könnte, der keinerlei Aenderung wolle. Es handele sich darum, das Pensionsrecht durch Beseitigung grober Auswüchse dem sozialen Empfinden des Volkes anzupassen. Die wohlerworbenen Rechte der großen Masse der Beamten würden nicht angetastet. Kürzungen der überhöhten Bezüge habe es schon in der Vorkriegszeit gegeben. „Wohlfahrtsunterstützungen" von 10 000 bis 12 000 Mark würden sich die Massen des Volkes gern gefallen lassen.

Abg. **Erfing** (Ztr.) gab den Deutschnationalen zu bedenken, welche Stimmungen im Volke herrschen. **Es sei doch unerhört, wenn ihm ein General schreibe, daß er mit 900 Mark monatlich nicht auskommen könne, zumal er auch „nationale Pflichten" zu erfüllen habe.**

Abg. **Torgler** (Komm.) erklärte, die Kommunisten würden ein Gesetz, wie es die bürgerlichen Parteien wünschten, nicht mitmachen.

Abg. **Keil** (Soz.) führte aus: Trotz der großen Gegensätze, die sich in der ersten Lesung ergeben haben, wollen die Sozialdemokraten an dem Versuch mitwirken, ein Gesetz zu schaffen, das eine sichere Rechtsgrundlage bilde und dem Volksempfinden Rechnung trage. Zur Vermeidung von Mißdeutungen gebe die Sozialdemokratie aber folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß weder die Notverordnung noch der Gesetzentwurf über die Pensionskürzung den Wünschen der großen Mehrheit des Volkes entspricht. Wenn die sozialdemokratische Fraktion in der Lage wäre, die Pensionsgesetzgebung nach ihren Auffassungen zu gestalten, so würde sie in einer Reihe von Einzelfragen über die Regelung hinausgehen, die von der Regierung beabsichtigt ist. Sie würde besonders eine Begrenzung der Pensionen nach oben treffen, die entsprechend der gesteigerten Notlage des Volkes erheblich unter dem Satz von 12 000 Mark im Jahre bleiben würde und das Einkommen des Pensionärs aus anderen Quellen, namentlich auch aus Vermögen, in verstärktem Maße auf die Pension anrechnen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich jedoch bewußt, daß eine durch die höchsten Gerichte unanfechtbare Neuregelung des Pensionsrechts nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu erreichen ist, deren Zustandekommen auf der Grundlage der sozialdemokratischen Auffassung unter den obwaltenden Mehrheitsverhältnissen ausgeschlossen ist. Zu dieser Tatsache trägt namentlich der Umstand bei, daß die Nationalsozialistische Partei, die dem Volke bei jeder Gelegenheit eine radikale Lösung verspricht, sich im Reichstag der Mitarbeit auch bei dieser Frage entzieht und damit praktisch zum wertvollsten Helfershelfer der Großpensionäre und der Doppelverdiener wird.

Bei dieser Sachlage bleibt der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrig, als unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung an einer Lösung mitzuarbeiten, die die verfassungsmäßige Mehrheit findet und gleichzeitig die schlimmsten Mißstände beseitigt. Ob das gelingt, hängt davon ab, in welchem Umfange die anderen Parteien bereit sind, zu einer solchen Lösung beizutragen. Die sozialdemokratische Fraktion muß sich daher ihre endgültige Stellungnahme zu den gestellten Abänderungsanträgen vorbehalten."

In der komplizierten Einzelberatung wurden im wesentlichen die Beschlüsse erster Lesung durch die knappe Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten bestätigt. In einigen Fällen wurde die Mehrheit durch das Zentrum und andere Mittelparteien verstärkt. Besonders erwähnt sei, daß **daran festgehalten wurde, daß sonstiges Einkommen schlechtweg, also nicht nur Arbeitseinkommen, auf die Pension angerechnet werden kann.** Die Anrechnung soll geschehen, wenn das sonstige Einkommen 4000 Mark jährlich übersteigt, wenn das gesamte Einkommen einschließlich Pension 7000 Mark jährlich übersteigt. In diesem Falle kommt vom überschießenden Pensionsbetrag nur die Hälfte zur Auszahlung. Ueber den absoluten Höchstbetrag der Pension ist noch nicht beschlossen.

Neuer Teilaufstand in Spanien

Gewaltmaßnahmen der Aufständischen — Energisches Eingreifen der Regierung

Madrid, 22. Januar (Eigener Funkbericht)

In der Provinz Barcelona zwischen Manresa und Berga wurden während eines kommunistisch-anarchistischen Streiks **die Telephonleitungen und Eisenbahnlinien unterbrochen. Die anarchistischen Aufständischen bemächtigten sich zugleich eines Pulverlagers und unterbrachen eine Nebenbahnlinie. In verschiedenen Städten besetzten sie die Telephonämter.** Der Kriegsminister entsandte in das Aufstandsgebiet zwei Bataillone Infanterie, zwei Schwadronen Kavallerie und zwei Batterien Artillerie. **Das Militär ist angewiesen, mit äußerster Schärfe vorzugehen.**

In der Kammer erklärte Ministerpräsident Azana, daß es sich in dem Aufstandsgebiet um eine Bewegung handele, die eigentlich erst am 25. Januar hätte ausbrechen sollen. Die anarchistischen Führer hätten vom Ausland (Rußland?) Geld erhalten. **Auch sei eine Verbindung mit extremen Rechtskreisen sehr wahrscheinlich. Er habe Befehl erteilt, wenn nötig, schonungslos vorzugehen, denn es handele sich nicht um einen Streik, sondern um einen Aufruhr. Die Kammer billigte diese Erklärung,** indem sie der Regierung mit 285 gegen 4 Stimmen ihr Vertrauen aussprach.

Wieder Landvolkbombenleger verurteilt

Bombenleger Kaphengst erhält vier Jahre Gefängnis

Hamburg, 21. Januar (Eigener Drahtbericht)

Der Staatsanwalt beantragte am Donnerstag gegen den Bombenattentäter Kaphengst, der sich zurzeit vor dem Altonaer Gericht wegen vollendeter und zweier versuchter Bombenattentate zu verantworten hat, vier Jahre und sechs Monate Gefängnis.

Kaphengst hatte sich bisher durch die Flucht nach der Schweiz der gerichtlichen Verantwortung entzogen, so daß ihm erst jetzt der Prozeß gemacht werden konnte. Der Angeklagte wird durch die Aussagen in dem großen Bombenlegerprozeß und auch durch die jetzigen Zeugenaussagen stark belastet. Er ist ein typischer **Vertreter der Terrorgruppe der Landvolkbewegung.** Seine Auffassung bekundete er durch den Ausspruch, daß heute scharfe Mittel notwendig seien, um das Volk von der falschen Politik der Regierung zu überzeugen. Das sogenannte Bombenlegen sei eine belanglose Angelegenheit gegenüber der seelischen Not des deutschen Volkes. Wie „belanglos" aber das Bombenlegen in Wirklichkeit war, ging aus den Aeußerungen des Sachverständigen hervor, der erklärte, daß mit den von Kaphengst angefertigten Bomben zwar keine Gebäude hätten eingestürzt werden können, daß sie aber für Menschen, die in der Nähe des Tatorts gewesen oder in den Häusern, die mit Bomben belegt wurden, gewohnt hätten, sehr gefährlich gewesen seien.

Führt die Reichswehr die Reichspolitik?

Reichswehrdementi, das sehr seltsame Aufschlüsse gibt

Die „Berliner Volkszeitung" hat Mitteilungen über die Vorverhandlungen mit Hitler über die Präsidentenfrage veröffentlicht, die angeblich aus maßgeblichen nationalistischen Kreisen stammen. Danach hätte General von Schleicher Verhandlungen mit Epp geführt, wobei Schleicher die Bildung eines Kabinetts Groener—Frick—Schleicher—Hugenberg ins Auge gefaßt hätte. Dieser Veröffentlichung setzt das Reichswehrministerium das folgende Dementi entgegen:

„Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz sind von den daran beteiligten Stellen des Reichswehrministeriums auf Weisung des Herrn Reichskanzlers und in ständiger Fühlungnahme mit ihm geführt worden. Die in der „Berliner Volkszeitung" wiedergegebenen, angeblich aus nationalsozialistischen Kreisen stammenden Behauptungen sind in vollem Umfange grobe Lügen. Die darin enthaltenen Unterstellungen über die angebliche Rolle des Generals von Schleicher können nur als unsinnige und böswillige Erfindungen bezeichnet werden."

Man erfährt aus diesem Dementi, daß vor der Einladung Hitlers nach Berlin Vorverhandlungen mit Hitler geführt worden sind und daß diese Vorverhandlungen in der Hand des Generals von Schleicher und der beteiligten Stellen des Reichswehrministeriums gelegen haben. Bisher war der Oeffentlichkeit versichert worden, daß Schleicher in seinen Besprechungen mit Hitler nur mehr technische Dinge besprochen habe. Man erfährt jetzt, daß in diesen Besprechungen auch Fragen von großer allgemeiner politischer Bedeutung abgehandelt worden sind. Man hätte annehmen sollen, daß die Vorverhandlungen über die Präsidentenfrage wenigstens nicht vom Reichsinnenminister Groener selbst, so doch vom Reichsinnenministerium geführt worden wären. Die Einschaltung des Reichswehrministeriums in diesen innerpolitischen Fragenkomplex muß Erstaunen erwecken. Die Antwort der Reichsregierung auf die Denkschrift Hitlers steht immer noch aus. Darf man wenigstens erwarten, daß diese Antwort zugleich volle Klarheit über die gepflogenen Verhandlungen und ihren Inhalt bringen wird?

Klagges gegen Groener

Er lehnt ein Verbots-Ersuchen Groeners ab

Der braunschweigische Naziminister teilt amtlich mit, daß er dem Ersuchen des Reichsministers des Innern, die „Braunschweigische Landeszeitung" wegen einer gehässigen Polemik gegen den Reichskanzler auf die Dauer von einer Woche zu verbieten, nicht entsprechen könne. Er habe zur Entscheidung den vierten Strafsenat des Reichsgerichts angerufen.

Das Leben der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.", Berlin SW 61

[20 (Nachdruck verboten)

Was hat es jetzt noch für einen Sinn, sich zu wehren. Es kommt ja doch alles, wie es kommen muß. Man selbst spielt ja doch nicht mit. Warum soll sie jetzt noch Trude deshalb den Spaß verderben, mit Gerd zusammen zu sein? Es ist ja alles so gleichgültig. Marie fühlt eine so maßlose Feigheit in sich, die sie wehrlos und hilflos macht. Sie fühlt, daß sie jetzt vor allem Zeit braucht; Zeit, um sich zu sammeln und zu entschließen.

„Na also!" lacht Fritz und klopft Marie auf die Schulter: „Ein kleines Mehrwehchen. Kann jedem mal ankommen und geht vorbei. Hauptsache, daß es vorbei ist, nicht wahr? Gerade jetzt hierbleiben — denn gibt sich das. Und hören Sie doch mal den Walzer, den Schmalz, das Tempo. Und da wollen Sie gehen? Nee doch — is nich!"

* * *

Trude und Gerd gehen voraus zu dem Tisch, der zufällig noch frei ist. Ihnen folgt langsam und etwas schleppend Marie, immer noch das gezwungene Lächeln, immer noch schweigsam. An ihrer Seite Fritz, der sie heimlich beobachtet und nicht klug aus ihr wird. Er spricht immer noch, laut, lachend, herausfordernd. Trude, wieder ganz lustig und munter, tanzt schon mit Gerd. So sitzen Marie und Fritz allein.

Er hört nicht auf mit seinem Sprechen, das Marie mehrmal Marie weiß: Er meint es ja gut, sicher meint er es gut, er will sie ja nur aufmuntern, ihr einen Kummer vertreiben, von dem er nichts ahnt. Er ist ja so ahnungslos. Aber sein Sprechen quält doch. Wie es quält, daß er überhaupt da ist, daß er da sitzt. Unfaßbar: Neben ihr!

Sie versucht zu sprechen. Mühsam, hilflos, gequält stoßen die Worte: „Geh! Fritz! Geh fort, bitte! Und laß mich, Fritz! Und frag nicht! Das ist vorbei. Ich kann nicht mehr. Und will nicht mehr. Bitte!"

Er ist verblüfft. Er hat alles erwartet, nur das nicht. Er ist fassungslos und versteht nicht, schüttelt ungläubig, wirr den Kopf, zuckt die Schultern hoch.

„Wie —? Was —? Fortgehen —? Ja, warum denn? Das versteh ich nicht, du. Was hast du denn, Marie? Du bist ja komisch."

Marie schüttelt hartnäckig den Kopf. Schweigt. Er sieht, starrt sie immer noch an. „Ja, was hast du denn? Also, ich freu mich. Und du? Das versteh ich nicht. Also ich freu mich wahrhaftig, tatsächlich, verstehst du? Ich hab immer an dich gedacht, die ganzen Jahre, wirklich, Marie. Was du so machst. Und wie es dir geht. Und so, weißt du. Und jetzt das?"

Marie schweigt noch immer. Verbissen. Er lauernd: „Ist es von wegen dem? Damals?"

Sie sieht ihn kurz an. Hart, stumm. Wie Anklage.

Fritz zuckt verlegen mit den Schultern. „War nicht schön von mir. Nee, schön war's nich — aber ... Ein Verbrechen? — na, weißt du, Marie? Dann wären alle Verbrecher. Und, sei mal ehrlich! Hab ich denn damals schlecht gehandelt? Nu schön, das Geld. Das geb ich ja zu, Marie. Das war gemein, weißt du, gemein war das von mir. Und das hab ich immer und immer mir nachher gesagt. Kannst du glauben, Marie, wirklich. Wollte es dir immer wiederschicken, wußte nur nicht, wie. Hättst du nur was von dir hören lassen, sofort hättst du's wieder gehabt, bei Gott. Aber damals — weißt du. Ich konnte es da oben nicht mehr aushalten. Wenn du nicht dagewesen wärst, ich hätte mir das Leben genommen, Marie. So langweilig war das oben, so gottverlassen und jämmerlich, kannst mir glauben. Und da bekam ich das Angebot aus Berlin. Eine feine Stelle. Nachtlokal mit dicken Trinkgeldern. Das geht. Na, und ich saß da oben. Ohne Reisegeld. Und mit dem Angebot, das mir vor der Nase wegzuckte, verstehste? Und da kamst du. Und, na, hast mir die Chance gegeben, nich wahr? Da hab ich das Geld genommen. Weil ich es brauchte. Um die Chance auszunutzen. Und nicht kaputtzugehen, weißt du? Und hochkommen will man doch schließlich, nicht wahr? Will doch nicht sein ganzes Leben lang im Dreckhoden, nich? Nee, nee — Gemeinheit war das damals nicht von mir. Wenn es auch vielleicht gemein aussieht, Marie. Ich mußte weg da oben. Und du hast es doch auch selber gewollt, nicht wahr? Also, nu sei ehrlich, Marie, was sollte ich machen? Hast du mir das so — so, na, hast du mir das nicht verzeihen? Marie?"

Sie verneint kopfschüttelnd, mit wehem Lächeln. „Das ist es nicht, Fritz, das nicht. Da habe ich nie dran gedacht. Daran nie."

„Also dann doch das andere? Na, weißt du — ich verstehe dich da nicht. Da kann ich nicht mit. Gut, wenn ich dir was getan hab, sieh mal, hast du denn nicht auch mitgetan, Marie? Und, paß mal auf, sieh mal — ich bin ja schließlich auch ein Mann, nich wahr, dafür kann man doch nichts, und da oben, da war ich, na, eben ausgehungert. Und du bist da zu mir gekommen. Und ich hatte dich doch schon vorher gern gehabt. Vom Erntefest her. Und häßlich bist du doch auch nicht, Marie, nee, ganz im Gegenteil, siehste, und — da ist es eben so gekommen. Und, Marie, das kommt immer so. Wenn man mal so weit ist, dann ist man eben nicht mehr vernünftig, dann geht man durch, verstehst du? Dafür kann man doch nichts! Wenn man jung ist, Marie. Und jung sind wir nun mal. Und Krüppels auch nicht. Na also! Nu sei wieder gut, Marie! Paß mal auf: Ich hab dich gern gehabt und hab dich immer noch gern und bin froh, daß du wieder da bist. So froh — daß ich noch nicht mal dich gefragt hab, wie du eigentlich hierher kommst! Ist das etwa kein Beweis?"

Plump, zärtlich, etwas verlegen, aber täppisch greifend nimmt er ihre Hand, die sie — zu schwach, sie ihm zu entwinden — ihm läßt. In ihrem Kopf wirbelt jetzt alles durcheinander.

Was ist das —? Ja, was hat sie ihm eigentlich vorzuwerfen? Was denn —? Marie weiß selbst nicht mehr Bescheid. Da ist der Mann, der Mann, der doch der Vater ihres Kindes ist, den sie doch einmal gern gehabt hat. Hat sie ihn jetzt noch gern? Marie fragt es sich und kann sich keine Antwort geben. Es ist alles so unklar, so schwankend.

Warum wollte sie ihn eigentlich fortschicken? Die Angst war daran schuld. Die Angst, Trude könnte alles erfahren, könnte erzählen, die Herrschaft könnte es erfahren, daß sie den Vater ihres Kindes wiedergetroffen habe, und könnte falsche Schlüsse daraus ziehen. Und dann —?

Plötzlich fällt es Marie ein, daß er ja gar nichts davon weiß.

Ihr Gesicht wendet sich jäh und spähend ihm zu. Tonlos fragt sie ihn: „Weißt du — daß ich von dir — ein Kind hab —?"

Fritz fährt zusammen. Starrt sie an. Senkt dann den Kopf. Erst jetzt begreift er.

Vorsichtig und scheu hebt er wieder den Blick zu ihr. Lächelt sie plump, schweigt aber noch. Langsam faßt er sich. Fragt. Ohne ihn anzusehen, erzählt sie. Alles. Von dem Abend, an dem sie sich zum letztenmal getroffen hatten, bis

(Fortsetzung folgt.)

Die Lawine rollt

Unser Kampf gegen den Faschismus.

Vor einiger Zeit wurde in einem großen südwestdeutschen Blatte eine Statistik veröffentlicht über die Versammlungstätigkeit der politischen Parteien im weiteren Umkreise von Frankfurt am Main. Die Statistik erwies, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm zusammen weitaus vor allen anderen politischen Parteien und Gruppierungen marschierten, sie zeigte eine Aktivität der Feinde der Republik, die zu denken geben mußte. Fiel auch in die von der Statistik erfaßte Zeit das Volksbegehren der Reaktion gegen das demokratische Preußen, dem eine aktive Abwehr nicht entgegengesetzt wurde, so war dennoch das Bild überaus bedeutsam. Es bildete die Grundlage, auf der sich der Machtwille, der Uebermut und die politische Dreistigkeit der Gruppen aufbaute, die sich dann in der Harzburger Front zusammengeschlossen haben.

Das ist jetzt anders, ganz anders! Die unverhohlenen Drohungen der Harzburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der Deutschen Republik, gegen das Recht und das Wesen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte in Deutschland aufgerüttelt. Woche um Woche geht die Versammlungslawine der Eisernen Front weiter, Woche um Woche sind Tausende von Republikanern am Werke, um im ganzen Reiche, im Norden und Süden, Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande den Widerstandswillen gegen das faschistische Verbrechen zu wecken und zu stählen!

Die Bildung, die Sammlung, der Vormarsch der Eisernen Front: das ist die Antwort des arbeitenden Volkes auf die reaktionären Gelüste der Harzburger. Eiserne Front: Das ist der Ausdruck der gesammelten Kraft und des Freiheitswillens der deutschen Arbeiterschaft. Die Führer der Reaktion, die sich dem Glauben hingegeben haben, daß eine Schlammflut niedrigster Demagogie von Lüge und Verleumdung und die Aufstellung einer Bürgerkriegstruppe mit dem Gelde der Reaktion genüge, um die Demokratie einzuschüchtern und die Demokraten in Deutschland totzuschlagen, haben eine falsche Rechnung aufgemacht. Die freiheitliche deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht einschüchtern. Sie ist nicht gesonnen, sich versklaven zu lassen, weder von außen noch im Innern. Ihr Ziel ist die Freiheit, die Freiheit nach außen im Bunde freier Völker, und die Freiheit nach innen. Die Eiserne Front ist der Hort der deutschen Freiheit, sie ist der Schutzwall der Freiheit der deutschen Nation! Ein Volk, das sich im Innern versklaven ließe, könnte auch nach außen niemals frei sein. Nicht im Lager der deutschen Reaktion, die die deutschen Arbeiter zu Knechten machen will, sondern im Lager der Arbeiterschaft ist daher die Freiheit und Zukunft Deutschlands.

Als im Jahre 1923 die Reaktion sich am Ziel ihrer Hoffnungen glaubte, als sie in bitterer wirtschaftlicher Not das Ende der Demokratie kommen glaubte, erging nach der politischen Krise der Ruf zur Bildung des Reichsbanners. Die Regimenter der Freiheit im Zeichen der demokratischen Verfassung formierten sich und setzten die Feinde der Verfassung in Respekt. Jetzt, wo abermals in bitterster Notzeit die Feinde der Freiheit nach der Macht greifen wollen, marschiert aufs neue die Abwehrfront auf. Es sind nicht mehr Regimenter und Armeen, es ist ein Volk! Es ist nicht das Reichsbanner allein, es ist der einheitliche Wille der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeitersportler und aller Kulturorganisationen der Arbeiterschaft. Es ist der Widerstandswille gegen die Kräfte des Faschismus, der weit noch über diesen Kreis hinaus freiheitliche Gewerkschaftler aus allen Lagern, alle aufrechten Republikaner aus den bürgerlichen Parteien in seinen Bann zieht.

Wer in Deutschland die Demokratie mit Füßen treten und das deutsche Volk knechten will, wird auf den unbesieglichen Widerstand der Eisernen Front stoßen. Die Spreu des bürgerlichen Indifferentismus, der Klüngel der kleinen Interessentenparteien, in denen alle großen politischen Gesichtspunkte durch hornierten Eigennutz totgeschlagen werden, mag vor dem Angriff des Faschismus widerstandslos zerstieben — an der Eisernen Front aber wird sich der verbrecherische faschistische Wille brechen. Deshalb erkennen auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verstand verloren haben, daß ihr Platz an der Seite der freiheitlichen Arbeiterschaft ist. Deshalb die Bildung der bürgerlichen Aktion, deshalb das Bekenntnis, daß nur im Bunde mit der Arbeiterschaft die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann.

Es ist aktiver Widerstandswille, der jetzt durchs Land rollt. Die Eiserne Front wartet nicht auf den Tag, an dem der Faschismus zum Schlage ausholen will. Sie fängt schon vorher den erhobenen Arm auf. Sie geht zum geistigen Gegenangriff über. Sie weckt die Leidenschaft für die Freiheit und das Recht, sie dringt vor im Volk. Ihre Existenz und ihre Aktion ist eine ernste Mahnung. Wer in Deutschland Verfassung und Recht angreift, der wird auf die gesammelte eiserne Kraft stoßen. Wer zu den Waffen gegen die Verfassung greifen will, wird die eiserne Faust der deutschen Arbeiterschaft zu spüren bekommen.

Diesem gewaltigen Aufmarsch für Freiheit und Verfassung steht die Reichsregierung bisher kühl gegenüber. Was wäre die heutige Reichsregierung ohne diesen Willen zum Recht, zur Verfassung und zur Freiheit, ohne diesen Willen zum Widerstand gegen alle faschistischen Machtpläne. Was hat die Reichsregierung für die Sache des Rechts und der Freiheit getan, das sich dem vergleichen ließe, was die Organisation und die Männer der Eisernen Front getan haben. Was die Regierung versäumt, das muß das arbeitende Volk selbst tun. Die Eiserne Front ist der Ausdruck unseres Kraftbewußtseins. Die Eiserne Front marschiert. Das Volk horcht auf, es schließt sich an. Schon ändert sich stark das innerpolitische Bild. Immer weiter vorwärts: Die Lawine gegen den Faschismus rollt bereits!

Kommunisten verhelfen den Faschisten zur Macht

Trotz marxistischer Mehrheit Nazi-Magistrat mit Hilfe der KPD.

In dem mitteldeutschen Ort Hohenmölsen, wo **die bürgerliche Front kürzlich bei der Stadtverordnetenwahl von der Arbeiterschaft vernichtend geschlagen wurde,** ist die Stadtverwaltung trotz dieses Sieges mit Hilfe der Kommunisten an die Faschisten ausgeliefert worden. Der sozialdemokratische Zeitzer „Volksbote" schreibt dazu:

„Um parlamentarische Illusionen zu zerstören, haben die Kommunisten in Hohenmölsen mit den Mitteln politischen Falschspiels den Stadtverordnetenvorsteher und die Magistratsmehrheit dem faschistischen Bürgertum in die Hand gespielt, trotz einer nahezu Zweidrittel-Arbeitermehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Damit ist zum 23. Male im hiesigen Unterbezirk der Beweis geliefert worden, daß die „Einheitsfront"-Parole der Kommunisten nur Lug und Trug ist. Daß die Kommunisten nichts anderes als die Steigbügelhalter der Faschisten sind, indem sie diesen die kommunalen Machtpositionen durch ihr politisches Doppelspiel ausliefern, trotzdem sie tags zuvor in einem lichten Augenblick eingestanden, daß die Durchführung der faschistischen Diktatur zur Vernichtung der Arbeiterklasse führen würde. Aber diese Erkenntnis hindert sie nicht daran, die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Parteiparole als den „Hauptfeind" zu bekämpfen und so die elementarsten Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten. Auf diesen neuesten Schurkenstreich der Kommunisten gebietet proletarische Notwehr den schärfsten Kampf gegen diese Partei des Arbeiterverrats!"

Das Reich will die Preußenkasse schlucken

Es will sich den Etatsausgleich für Preußen ablaufen lassen

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung über die Deckung des Fehlbetrages im preußischen Etat in Höhe von etwa 150 Millionen Mark haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Von der Reichsregierung ist im Verlauf der Verhandlungen das Verlangen gestellt worden, das Reich stärker an der Preußenkasse, dem Kreditinstitut der landwirtschaftlichen Genossenschaften, zu beteiligen. Im Jahre 1930 ist dem Reich zum ersten Male eine Beteiligung an der Preußenkasse, die bis dahin ausschließlich im preußischen besetzt war, eingeräumt worden. Gegenwärtig verfügt Preußen über Anteile in Höhe von 125 Millionen Mark, das Reich über solche in Höhe von 50 Millionen und die Genossenschaften über solche in Höhe von 33 Millionen Mark. **Da das Reich jetzt die Majorität der Anteile verlangt,** müßten ihm weitere 54 Millionen Anteile ausgeliefert werden. In der preußischen Regierung begegnet die Absicht des Reiches sehr großen Widerständen, da man die Regelung der gegenwärtigen preußischen Finanzschwierigkeiten nicht mit einer so weittragenden und für die Zukunft bedeutsamen Umgestaltung im landwirtschaftlichen Kreditwesen verknüpfen möchte.

Wie wir erfahren, werden augenblicklich Verhandlungen über die Forderung des Reiches mit Preußen nicht geführt. Die abschließenden Beratungen des preußischen Kabinetts über den Haushaltsentwurf für 1932 werden erst nach der Rückkehr des augenblicklich beurlaubten Ministerpräsidenten Dr. Braun beendet werden.

Stille Sitzung des Landtags

Ueber Bienenzucht — Beginn der Beratung der preußischen Notverordnung

Berlin, den 21. Januar 1932.

Im Preußischen Landtag fand am Donnerstag zunächst eine Aussprache über den **sozialdemokratischen Antrag** statt, der sich **gegen Verzettelung von öffentlichen Mitteln durch den Reichsausschuß für Bienenzucht wendet.** Das Staatsministerium wird ersucht, seinen Einfluß im Reichsausschuß dahin geltend zu machen, daß Verluste öffentlicher Mittel soweit wie irgend möglich vermieden werden, die Absatzförderstellen in von der Imkerei getragene genossenschaftliche Einrichtungen umgewandelt werden, und die damit überflüssig gewordene und nur unnötig zu Lasten der Bienenzucht große Kosten bereitende Geschäftsstelle des Reichsausschusses aufgehoben wird.

Abg. **Jürgensen** (Soz.) erklärt, daß der im Jahre 1929 gegründete Reichsausschuß erhebliche öffentliche Zuwendungen erhalten habe, die durch die Art der Absatzorganisation in Verlust zu geraten drohten. Anstatt sich auf die Schaffung einiger lebensfähig auszugestaltender Stellen zu beschränken, habe man für den Absatz deutschen Honigs 18 Förderstellen eingerichtet, die z. T. nur ganz geringe Umsätze zu verzeichnen hätten.

Abg. **Kahmann** (Komm.) bedauert, daß die Imker nicht persönlich die Ausführungen des Vorredners hätten mitanhören können. Sie hätten sonst leicht gemerkt, daß auch hier wieder die öffentlichen Mittel nicht den Arbeitsbienen, sondern den zweibeinigen Drohnen im Reichsausschuß zugute gekommen seien.

Abg. **Gauger** (Landvolk) nimmt gegen den Abg. Jürgensen Stellung.

Abg. **Schmelzer** (Zentr.) betont, daß das Zentrum nur dem ersten Teil des sozialdemokratischen Antrags zustimmen werde, wonach Verluste an öffentlichen Mitteln soweit wie irgend möglich vermieden werden sollen. Mit der Arbeit des Reichsausschusses sei das Zentrum zufrieden und werde daher den weiteren Forderungen des Antrages nicht zustimmen.

In der Abstimmung wird der erste Teil des Antrages, wonach Verluste an öffentlichen Mitteln soweit wie irgend möglich vermieden werden sollen, angenommen, während die übrigen Forderungen des Antrages der Ablehnung verfallen.

Das Haus beschäftigt sich dann mit einem Antrag des Verfassungsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, anzuordnen, daß die öffentlichen Gebäude in Preußen am Volkstrauertag, den die Staatsregierung bestimmt, Halbmast flaggen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Beratung der **preußischen Notverordnungen,** wozu zahlreiche Anträge vorliegen.

Ministerialdirektor Klausener bezeichnet die Behauptung des Abg. Kasper (Komm.) in der Mittwoch-Sitzung des Landtages über die angebliche Mitgliedschaft von Berliner Schutzpolizeioffizieren bei der NSDAP. als unrichtig. Die vom Abg. Kasper namentlich genannten Offiziere hätten, soweit sie heute erreichbar waren, die positive und eindeutige Erklärung abgegeben, daß sie keinerlei irgendwie geartete Beziehungen zur NSDAP. haben oder gehabt hätten. Der Minister des Innern habe Wert darauf gelegt, diese Erklärung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Landtag abgeben zu lassen.

Abg. **Steuer** (Dnat.) erklärt, daß die Notverordnungsmethode der Reichs- und der preußischen Staatsregierung einem völligen Ignorieren der Reichsverfassung, der Länderverfassungen, aller Bestimmungen über die Selbstverwaltung und im Grunde überhaupt der gesamten Gesetzgebung gleichkomme.

Abg. **Kasper** (Komm.) hält gegenüber der Regierungserklärung seine Behauptung über die Beziehungen von Berliner Schutzpolizeioffizieren zur NSDAP. aufrecht. Die preußische Regierung habe, so betont der Redner in seiner ausführlichen Kritik an den preußischen Notverordnungen, mit diesen arbeiterfeindlichen Maßnahmen wieder bewiesen, daß sie ein willfähriges Werkzeug der reaktionären Brüning-Regierung sei.

Ein kommunistischer Antrag auf Herbeirufung des Innenministers wird nicht genügend unterstützt.

Gegen 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Sind die Universitäten Lehranstalten oder Rowdyklubs?

Neue Krawalle in Berlin — In Halle wieder Hetze gegen Professor Dehn

An den Universitäten unternehmen die faschistischen Studenten wieder einmal rowdymäßige Vorstöße, die deutlich den Beweis erbringen, daß

die Universitäten nicht mehr Lehranstalten, sondern nur noch Stätten politischer Nazifrechheit gegen die Regierung

sein werden, wenn das Kultusministerium nicht energisch durchgreift.

An der Universität Halle ist eine neue Aktion der sogenannten deutschen Studentenschaft gegen den Professor Dehn im Gange. Dieser Aktion hat sich ein Teil der Dozenten unter Führung des Professor Boehmer angeschlossen. Der Kultusminister hat den Rektor der Universität nach Berlin beordert. **Es sollen energische Maßnahmen, unter Umständen die Schließung der Universität im nächsten Semester, geplant sein.**

An der Berliner Universität kam es am Donnerstag zu Ruhestörungen und zu einer schweren Schlägerei. Nazistudenten drangen unter dem Rufe „SA. greift an" auf linksstehende Studenten ein und schlugen auf sie ein. Die eingreifenden Professoren und der Rektor wurden von den Nazis niedergebrüllt. Polizei mußte eingreifen und die Ruhe wieder herstellen.

Der Rektor der Universität Halle, Prof. Aubin, erklärte gegenüber einem Vertreter der „Vossischen Zeitung", daß **die Aeußerungen des Dekans der Juristischen Fakultät, Prof. Böhmer,** der sich in einer öffentlichen Versammlung mit dem Kampf der Studenten gegen Professor Dehn solidarisch erklärt hatte, **eine private Entgleisung darstellen und keineswegs im Namen der gesamten Professorenschaft** abgegeben worden seien. Böhmer habe keinen Auftrag gehabt, in der Studentenversammlung zu sprechen. Er habe völlig unerwartet zum Sprechen aufgefordert seinem Temperament die Zügel schießen lassen und so Worte gesprochen, deren Tragweite er im Augenblick nicht zu übersehen vermochte und die er jetzt sicher bedauere.

Nazi überfallen eine Belegschaft

Organisierter Ueberfall von SA.-Kolonnen auf die Belegschaft einer Braunschweiger Fabrik

Vor dem Betrieb der Mühlenbau-A.-G. kam es am Mittwoch und Donnerstag zu einem **Ueberfall nationalsozialistischer Rowdys auf andersdenkende Arbeiter** der Firma.

Die Ursache des Konflikts waren Reibereien dreier nationalsozialistischer Arbeiter mit Arbeitskollegen. Die Nationalsozialisten bestellten daraufhin am Mittwoch und Donnerstag zahlreiche Nationalsozialisten vor die Fabriktore. Am Donnerstag beteiligten sich auf beiden Seiten etwa 100 Mann an den Auseinandersetzungen. **Aus den Nachbarorten waren alle Hitleranhänger vor den Fabrikbetrieb bestellt worden.** Im Verlauf der Auseinandersetzung gaben die Nationalsozialisten mehrere Schüsse ab. Ein Jungbannermann wurde angeschossen, so daß er ins Krankenhaus transportiert werden mußte. Außerdem wurde ein Arbeiter durch einen Armschuß verletzt, während **drei Arbeiter mit Eisenstangen niedergeschlagen wurden.**

Der Arbeiterschaft hat sich eine große Empörung bemächtigt.

Braunschweig, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Vorfälle vor dem Miag-Werk stellen sich als bedeutend ernster heraus, als es zunächst den Anschein hatte. Nachdem bereits am Mittwoch nach Betriebsschluß **die Nazis den Arbeitern aufgelauert** hatten und durch die Polizei vertrieben worden waren, **rückten am Donnerstag abend die Insassen der S.A.-Kasernen schwer bewaffnet und zum Teil uniformiert in Kolonnen an und schwärmten rund um die Fabrik aus. Ahnungslos nach Hause gehende Arbeiter wurden beschossen und überfallen.**

Der feige Ueberfall wurde von der Nazizelle der technischen Angestellten des Betriebes gedeckt. Als die zunächst überraschten Arbeiter die feigen Revolverschützen in die Flucht schlugen, **erhielten die Nazis im Verwaltungsgebäude Unterschlupf.** Der mit ihnen sympathisierende Portier schlug auf die nachdrängenden Arbeiter mit einer Eisenstange ein und fügte einem eine schwere Kopfwunde zu. In der Portierloge wurden von der viel zu spät eintreffenden Polizei Schußwaffen und Schlagwerkzeuge beschlagnahmt, die anscheinend von den Nazis in Sicherheit gebracht worden waren. **Festgenommen wurde nur ein einziger Nationalsozialist.**

Hier fängt's an . . .
Wenn der — Kopf trocken
mit

STADTTHEATER
Freitag, 20 bis gegen 23
Abonnement-Vorspielung C 9
In Neuinszenierung
Die Försterchristl
Sonnabend, 20—23
Die Zauberflöte
Sonntag 11.30—13.30
Junge Bühne
3.30–18 (Ermäßigte Preise)
Tiefland
20 bis gegen 23
Die Försterchristl

LOBETHEATER
Freitag, 20.15
auch Sonntag 15.30
Der Schwierige
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Zum 1. Male
Mademoiselle Docteur
nach Bernaris Buch, Spionage,
von O. A. Palitzsch

THALIATHEATER
Freitag 20.15
auch Sonntag 15.30
Frauen haben das gern . .
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Zum 1. Male
Das verfl . . . Geld
Lustspiel von Carl Rößler.

Schauspielhaus
Freitag, Sonnabend
und Sonntag, 8¼ Uhr
Letzte 3 Vorstellungen!
Das Dreimäderlhaus
Schubert: Heinr. Pacher
von der Volksoper Wien.

Frack-Monopol nur Blücherplatz 20. I.
Ecke Ring, früher Karlstr. 1.
Leihweise
Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

Aus meinem
Möbel-Speicher
neu und gebraucht
Schlafzimmer Eiche komplett **295.-**
Auszugtisch 20.-
2 Bettstellen Nußbaum komplett **75.-**
2 Nachttischchen Nußbaum . . **30.-**
Küchenbuffett 38.-
Chaiselong. aufgearbeitet **25.-**
Zahlungserleichterung
Brüderstr. 23
Giesel, Hof

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Karl Marx
Preis 60 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlungen

Primus-Palast
Hubenstraße 10

Nur bis einschließlich Montag!

4 Tage Lachstürme!
Anny Ondra
das entzückendste Lustspiel-Girl der Welt in
Er und seine Schwester
Die zwerchfellerschütternde Tonfilmposse von Roda-Roda
In weiteren Rollen:
Vlasta Burian
das urkomische Lachoriginal
Berte Ostyn, André Pilot
Roda-Roda usw.
— Ferner: —
Das große reichhaltige Beiprogramm!
Ufa-Wochenschau
Anfangzeiten: Täglich ½5 Uhr
Erwerbslose halbe Preise
Sonntag 3 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung
Das amüsante Tonfilm-Programm

WELTBÜHNE
Friedr.-Wilh.-Str. 35
W. 5, So. 3, letzte Vorst. 8½
Das große Tonlustspiel
mit dem
Lachsalven-Dauerrekord
Richard Eichberg
neuer Lachschlager
Die Bräutigamswitwe
Eine tolle Angelegenheit v. falschen Bräuten u. Bräutigämmern, Nachtgespenstern Athleten und Meisterdetektiven
Mit vollem Orchester:
Josef Balsamo Graf v. Cagliostro
Der Roman des größten Abenteurers aller Zeiten
Auf der Bühne:
Walter Pinkus
Der Humorist von Klasse

ASTORIA-PALAST
Fürstenstraße 32
W. 4½, So. 3, letzte Vorst. 8½
Sensations-Tonschauspiel
von riesenhaftem Ausmaß
Außenseiter der Gesellschaft
(„Menschen hinter Gittern")
Hauptrolle:
Heinrich George
Deutschlands gr. Charakterdarsteller in seiner Glanzrolle als
Maschinengewehr — Butch, der Anführer des großen Aufruhrs der Dreitausend
(Spieldauer ca. 2 Stunden)
Ferner:
Glückliche Kindheit
Tonlustspiel
Auf der Bühne:
Charles Oberty
Der intern. Kunstpfeifer

Zentral
Theater — Wendestraße 50
Bis Donnerstag, den 28. Januar:
Werner Krauss
in dem neuen Ufa-Groß-Tonfilm der vaterländischen Geschichte
YORCK
mit **Rudolf Forster, Grete Mosheim, Hans Rehmann, Otto Wallburg.**
Das Ganze ist ein Erleben v. unwiederbringlicher Größe u. Schönheit. — Im reichh. Beiprogramm:
Der neueste Ufa-Kabarett-Tonfilm
mit Irene Eisinger, Paul Hörbiger, Paul Westermeier, Dajos Béla. Conf.: Maria Ney. Ufa-Wochenschau
Auf der Bühne: **Maria Königswinter**
Die bestrenom. Stimmungssäng. v. intern. Varieté
Beginn Tägl. 4.30, Sonntag ab 3.00, letzte Vorstellung 8.45 Uhr. Eine Verlängerung dieses Programms ist ausgeschlossen, da wir ab Freitag, den 29. Jan., den Wund-Tonfilm **„Der weiße Rausch"** zur Aufführung bringen.

Die besten Ledersohlen
billigst und haltbar, sowie alle anderen
Schuhbedarfsartikel
kauft man nur in der Bezugsquelle der Werktätigen, bei
Walter Neuser
Neumarkt 21

Kauft nur im
Fahrradhaus Sieg
Neumarkt 19, neben Barasch
Sieg ist billig!
Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittfreilauf kompl. ab 5.95, Rotax-Rennabe ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, Renn. gemufft 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50

Spielplan Breslauer Lichtspielhäuser

Hansa
Vom 22. bis 28. Januar:
Lilian Harvey
Felix Bressart
Harry Liedtke
Nie wieder Liebe
Ferr. Matrosens'reiche
Kulturfilm — Wochenschau
Sonntag 3 Uhr:
Gr. Jugendvorstellg.
Nur 25 Pf.

Odertor
Ab Freitag, den 22. Jan
Hans Albers in:
Bomben auf Monte-Carlo
Dazu das bekannt gute
Beiprogramm.
Sonntag:
Gr. Jugendvorstellg.

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
Mit 1 Bild. **90 Pfennige.**
Buchhandlungen Volkswacht

Sonntag
24. Januar, 11.30 Uhr,
2. Veranstaltung
im Stadttheater

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Masken
Theater-Kostüme neue, erstklassige und preisgekrönte
verleiht billig **größtes Spezialhaus**
H. Wiersing Messergasse 50
Telefon 216 44

Beste
Backwaren
aller Art
zu billigsten Preisen
Max Münzer
Sonnenstraße 34.

ATLANTIK
Gräbschener Straße 74 Tel 58508
Nur von Freitag bis Montag
Luis Trenker's grandiose Tonfilmschöpfung
Berge in Flammen
Der Tonfilm, von dem Breslau seit Wochen spricht.
Dazu: **Ufa-Tonwoche — In Angesicht des Vesuv.**
Von Dienstag bis Donnerstag
Mady Christians — Hans Stüwe
in dem fesselnden Liebesroman
Die Frau, von der man spricht
Ein spannend. Tonfilm aus den Kreisen der modernen Gesellschaft.
Dazu: **Tönendes Beiprogramm**
Auf der Bühne zu beiden Programmen eine noch nie dagewesene Attraktion: **„Los Palermos"**
internationale Musikal- und Gesangs-Revue

Buchdruckerei Volkswacht Breslau 2 Gluxstraße 4/6

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 2 Neue Graupenstraße 5

Achtung, Hausfrauen! Nur in dieser Freitag und Sonnabend: Ausnahmepreise!

Pa Kochblutwurst	Pfd nur 80 Pf.	Kalbfleisch m. Kn.	Pfd von 96 Pf. an
Pa Schlesische (Pa. u.)	Pfd. nur 70 Pf.	Schweinebauch m. Beil.	Pfd. 55 Pf.
Pa Wiener	1 Paar nur 8 Pf.	Schulter mit Beilage	Pfd. 65 Pf.
Leberwurst, Preßwurst u. feine Fleischwurst	¼ Pfd nur 15 Pf.	Abgesch. Schinkenbraten m. Beil.	Pfd 70 Pf.
Mettw., Braunschweiger u. Mortadella	¼ Pfd. nur 20 Pf.	Koteletten	von 80 Pf. an
Kalbfleisch m. Kn.	Pfd von 60 Pf. an	Pa. feines Suppenfleisch	Pfd. v. 60 Pf. an
		Pa. feines Schmorfleisch, m. Knochen	Pfund nur 80 Pf.

Alles Weitere siehe Auslage! 198
Felix Jacob, Fleischermeister
Hauptgeschäft u. Fabrik: Gellhornstr. 39 :: Lessingstr. 49
Fürstenstr. 2, Ecke Brigittenstr. :: Matthiasstr. 125, früher Matthiasstr. 177

Mein liebes Kind!
Im neuen Jahre kaufst Du nur noch **Edeka-Roggenbrot**, denn nicht der Preis macht es, sondern die Qualität. Das bekommst **Du nur im Edeka-Geschäft!**

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren

Otto Lassner
Altestraße 7 u. Carlowitz, Gerhart-Hauptmann-Weg 17
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hugo Hentschel Dtsch.-Lissa Ortenburgstr. 1a
Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig Matthias-Straße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weißenburger Straße 4
ff. Fleisch und Wurstwaren

Hermann Kipke Frankfurter Straße 174
Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Qualität

Paul Merettig II
Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Breslau-Gräbschen, Hauptstraße 23

Paul Kursawe
Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Kaps
Moltkestraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Druckerei Volkswacht
Anfertigung aller Drucksachen
Breslau 2, Flurstraße 4/6

Zigarren

Zigarrenhaus
Hermann Nahmann
Weinstraße 68
Ecke Reuterstraße
Telefon 281 95

Kaufhäuser

Kauft bei Blasse
Blasse ist billig
Nur Graupenstraße

Molkerei-Produkte

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allerbester Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Strehlenstraße 21 und Lohmenstraße 2.

Central-Dampfmolkerei Bottlera
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89
Der Neuzeit entsprechende, mustergültig. Betriebseinrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche
Eigene Anfertigung

Pfandhäuser

Beleihung von
Wäsche • Betten • Kleidungsstücken • Gold- u. Silberwaren
Julius Grundmann Trebnitzer Straße 21.

Geld auf Pfänder
Leihhaus Rose
Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 536 12
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Rauchfuss, Schweidnitzer Str. 33
Zentral Mittelpunkt der angesehenen Firma Brauerei Wachner
Inhaber: Richard Julius Rauchfuss. — Keine Filiale
Frischzapfen, Verkauf, Ausschank und Spezialitäten.

Gaststätte Hermann Kipke
Familienlokal Frankfurter Straße 174

Metallbettstellen, Matratzen

Reier & Olowinski
BRESLAU · HERRENSTR. 31 u. SCHWEIDNITZERSTR. 10

Fahrräder und Reparaturen

Fahrradhaus „Frisch auf"
Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb. Radf. Bundes „Solidarität"
Fahrräder, Motorräder, Sprechmaschinen, Nähmaschinen

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstätt. — Teilzahlung gestattet

Fahrradhaus Gomolka
Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße
Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile
Reparaturwerkstatt

Bekleidung

Gustav Starz
Gelsnerstraße 15
empfiehlt sich zur Anfertigung eleg. Damen- und Herren-Garderobe, sowie Herren-, Sport- und Gehpelzen nach Maß zu **billigsten** Preisen

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible]; für die Anzeigen: [illegible]. — Redaktion: Gabitzstraße 8. — Expedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Bre

Breslauer Nachrichten

Vertreter-Versammlung der SPD.

Montag, den 25. Januar 1932. 19,30 Uhr

im großen Saal des Gewerkschaftshauses Vertreterversammlung.

Tagesordnung

1. Anträge.
2. Politisches Referat des Genossen Wendemuth-Waldenburg.

Mit beratender und beschließender Stimme nehmen an der Vertreterversammlung die in den Distrikten gewählten Vertreter, die Mitglieder des engeren und erweiterten Parteivorstandes teil. Die Mitglieder der Pressekommission, des Bildungsausschusses, die Revisoren, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich, außerdem die Redakteure der „Volkswacht" haben Anwesenheitsrecht mit beratender Stimme. Als Ausweis gilt die Vertreterkarte in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch.

Anträge, die in der Vertreterversammlung zur Behandlung kommen sollen, müssen statutengemäß drei Tage vor Stattfinden der Vertreterversammlung dem Vorstand überreicht sein. Alle Anträge werden vorher in der Parteipresse veröffentlicht.

Anträge:

Aus einer Anzahl Distrikten ist der Antrag eingegangen:

Um der gesamten Mitgliedschaft Gelegenheit zu geben, mehr als bisher mitarbeiten zu können, ist das Vertretersystem aufzuheben.

Die Flucht aus dem Leben

Sechzehnjährige springt in die Oder

In Oswitz wurde in den gestrigen Vormittagsstunden unweit der neuerbauten Häuser ein junges Mädchen beobachtet, das sich am Ufer plötzlich ihres Mantels entledigte und sich ins Wasser stürzte, ehe es daran gehindert werden konnte. Es ging auch sogleich unter und ertrank. In dem am Ufer zurückgelassenen schwarzen Mantel mit hellbraunem Pelzkragen wurde außer einem Portemonnaie mit 85 Pf. und einem Zettel nichts gefunden, was hätte über die Persönlichkeit der Lebensmüden Aufschluß geben können. Auf den Zettel waren einige zusammenhanglose Sätze gekritzelt, aus denen hervorging, daß die Schreiberin freiwillig aus dem Leben scheiden wolle, beim Abfassen dieses Abschiedsbriefes ihrer Sinne aber nicht mehr mächtig gewesen zu sein scheint. Der Zettel war unterschrieben: „Deine Inge". Nach den bisherigen Ermittelungen scheint es sich um eine sechzehnjährige Haustochter zu handeln.

Eine Kugel in den Kopf geschossen

Um die Mittagszeit beendete auch der 58jährige Fleischermeister Paul K. aus der Friedrich-Wilhelm-Straße 56 sein Leben, indem er sich im Garten seines Grundstückes mit einem Jagdgewehr eine Kugel in den Kopf schoß, so daß er auf der Stelle tot war. Die Wirkung des Schusses war derart stark, daß ihm der Kopf fast völlig zersprengt wurde. Ueber das Motiv ist bisher nichts Genaueres bekanntgeworden.

Schauspieler schneidet sich die Pulsadern auf

In den frühen Morgenstunden des Donnerstags unternahm der 35jährige Schauspieler Kurt Tirpitz, der am Breslauer Schauspielhause tätig war, in der Wohnung seiner Eltern, Am Wäldchen, einen Selbstmordversuch. Gegen 4 Uhr schnitt sich der Fünfunddreißigjährige die Pulsadern auf und mußte sofort in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden. Infolge des starken Blutverlustes gelang es ärztlicher Kunst nicht, ihn zu retten. Im Laufe des Vormittags ist er an den Folgen der Verletzungen gestorben.

Was den jungen Schauspieler, der zuletzt „Im weißen Röß'l" mehrere kleine Rollen gespielt hatte, veranlaßte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, bedarf noch der Klärung.

2 Kinderleichen gefunden

In den Anlagen an der Liebichstraße,

gegenüber dem Toreingang der Nervenklinik, wurde gestern abend ein in graues Packpapier gehülltes Paket gefunden, das sich beim Oeffnen als Leiche eines neugeborenen Mädchens entpuppte. Diese war in Zeitungspapier eingewickelt und außerdem befand sich ein Taschentuch mit dem Signum „T. J." oder „S. J." dabei. Das Paketchen kann zwei bis drei Tage an der Fundstelle gelegen haben. Die Leiche ist in die Anatomie geschafft worden, wo festgestellt werden soll, ob das Kind gelebt hat. Inzwischen hat die Kriminalpolizei die Nachforschungen nach der Mutter des Kindes aufgenommen.

Ein ähnlicher Fund wurde dieser Tage

auf dem Müllabladeplatz in Schmiedefeld

gemacht. Hier ist die Leiche mit einem Müllwagen auf den Platz gekommen, der Hausmüll aus der Berliner und Märkische Straße abgeladen hatte. Natürlich kann der Leichnam aber auch aus einer anderen Stadtgegend in einen Mülleimer in den genannten Straßen gebracht worden sein. Auch in diesem Falle sind die Nachforschungen aufgenommen worden.

Wissen ist Macht!

Genossinnen! Genossen!

Der Schulungskursus mit dem Genossen Dr. Hamburger (Thema: „Die geistigen Krücken des Nationalsozialismus", 3. Wochenendkursus) findet diesmal Sonnabend, den 23. Januar, 18 Uhr und Sonntag, den 24. Januar, 9 Uhr vormittags, in der Aula des Heiligen-Geist-Gymnasiums, Kaiserin-Augusta-Platz, statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 50 Pf. Es müssen alle Teilnehmer im Besitz der Teilnehmerkarte sein.

Unzucht auf der Lichtwiese

und in der ehelichen Wohnung

In fast zehnstündiger Verhandlung wurde am Mittwoch in einer außerordentlichen Sitzung des Erweiterten Schöffengerichts ein einzig dastehender Fall von Kuppelei bzw. Anstiftung dazu aufgerollt. Schon die Persönlichkeit der Angeklagten fiel völlig aus dem Rahmen des sonst Ueblichen. War doch ein mittlerer Justizbeamter angeklagt, dem eigentlich schon seine Stellung die Pflicht auferlegt, sich auch außerdienstlich nach Möglichkeit jeder anstößigen Handlung zu enthalten. Angeklagt war aber der 43jährige Justizinspektor beim hiesigen Amtsgericht Fritz Hannig und seine 37 Jahre alte Ehefrau Elfriede geb. v. Schlapitzky. Der Frau wird fortgesetzte Kuppelei zur Last gelegt, die sie gewohnheitsmäßig und aus Eigennutz begangen habe, dem Manne Anstiftung dazu. Es war tatsächlich einer der merkwürdigsten Prozesse, der je verhandelt wurde.

Trieb doch der Mann seine Unzucht so weit, daß er mit den jungen, 14- bis 16jährigen Mädchen in der ehelichen Wohnung und mit Zustimmung seiner Frau verkehrte, die die Mädchen sogar bewirtete und beschenkte und ihnen zuredete und schließlich auch noch während des Verkehrs im Zimmer blieb.

Die jungen Mädchen kamen dann immer gern, denn sie wurden von dem Ehepaar ausgeführt, in Konditoreien und Lokale mitgenommen, und auch sonst waren sie zu den Kindern sehr gut. Fast zwei Jahre hindurch dauerte dieses Idyll, bis diese unglaublichen Vorkommnisse ruchbar wurden.

In der Verhandlung suchte es der Angeklagte fast so hinzustellen, als ob er der Verführte sei, und die Mädchen hätten es ihm auch sehr leicht gemacht, sie seien ihm sehr entgegengekommen. Selbst bis auf die Lichtwiese nach Althofnaß seien sie ihm gefolgt und hätten mit ihm in dem Zelt genächtigt. Die Staatsanwaltschaft hat dann auch gegen Hannig kein Verfahren wegen Verführung Minderjähriger eingeleitet, wenngleich auch die Mädchen behaupteten, vorher noch keinen Verkehr gehabt zu haben. Da man einem Naktkulturverein angehörte, liefen natürlich auch alle in der Wohnung nackt herum und wurden im Bilde festgehalten.

Beide Angeklagten gaben die eigentlichen Tatsachen zu. Der Mann führt alles auf seine starke Erotik zurück, die Frau sagt, daß es ihr lieber gewesen sei, der Mann blieb im Hause, und wenn sie nicht mit einverstanden war, wurde ihr gesagt, dann solle sie sich scheiden lassen, was sie aber nicht wollte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Mann 6 Monate Gefängnis und Absprechung der Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 5 Jahren; gegen die Frau 2 Monate Gefängnis.

Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Mannes zu drei Monaten Gefängnis und der Frau zu einem Monat Gefängnis. Das Gericht schied die Aussagen von 2 Mädchen völlig aus, es bewertete die Angaben der weiteren zwei Mädchen auch nicht ausschlaggebend, sondern dem Urteil wurden im wesentlichen die Angaben zugrunde gelegt, die die Angeklagten selbst machten.

Ein Bild unserer Zeit

Auf der Anklagebank sitzen 15 arbeitslose Menschen im Alter von 22 bis 40 Jahren. Fast allen sieht man die schwersten Entbehrungen an, denn alle sind jahrelang arbeitslos. Ihr Weg ist seit endlosen Wochen immer derselbe, der zur Unterstützungsstelle, wo sie sich ihre wenigen Mark Unterstützungsgelder und einige Kohlen- und Brotmarken abholen. Auf alles würden sie gern verzichten, wenn sie nur Arbeit bekämen. Doch eines Tages bekamen sie auch keine Brotmarken, und das war der Anlaß, weshalb sie nun jetzt auf der Anklagebank sitzen, denn sie sollen sich des Hausfriedensbruches, der versuchten Nötigung, der Bedrohung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Eine Reihe der Angeklagten sollen widerrechtlich und mit Gewalt in das Amtszimmer des Stadtinspektors Freitag eingedrungen sein, um ihn zur Hergabe von Brotmarken zu veranlassen. Die Angeklagten sagen, sie hätten sich im Vorzimmer angestellt, und als sie aufgefordert wurden, das Zimmer zu verlassen, da an dem Tage keine Brotmarken verausgabt würden, seien sie auch gegangen. Daß sie als verbitterte Menschen nicht ganz ohne Widerspruch von dannen gingen, ist selbstverständlich. Der Staatsanwalt hielt aber beinahe einen Landfriedensbruch für erwiesen, denn wo eine so große Menge Menschen zusammenkommen, hätten sie unbedingt den Anordnungen der Beamten Folge zu leisten. Er beantragte gegen 13 Angeklagte Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu zwei Wochen, gegen zwei Angeklagte Freisprechung. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte bis auf einen frei. Es folgte ihren Angaben, daß sie sich entfernt hatten, als sie dazu aufgefordert wurden. Einer wurde wegen Hausfriedensbruches und Widerstandes zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Alle Angeklagten hatten nur den einen Wunsch: „Arbeit!"

Die gestohlenen Wertpapiere

Im Hause des Kaufmännischen Vereins „Union" am Ohlauer Stadtgraben wurde in der Nacht zum 9. April vorigen Jahres ein Einbruch verübt. Die Spuren deuteten darauf hin, daß es sich um zwei Einbrecher handelte. Sie waren über den Hof gekommen, hatten eine Veranda erstiegen und dann mehrere Türen erbrochen, bis sie in den Geschäftsraum gelangten. Hier war eine Kassette gestohlen worden, in der sich 350 Mark bares Geld und Wertpapiere über mehrere tausend Mark befanden. Außerdem waren Zigarren und Zigaretten entwendet worden. Eine verdächtige Spur führte zu dem Schlosser S. Bei einer Haussuchung fand man bei ihm auch die gestohlenen Wertpapiere. S. bestritt aber entschieden, den Diebstahl begangen zu haben. Die Wertpapiere seien ihm von einem Manne, den er nicht mit Namen, sondern nur aus dem Gefängnis kenne, zum Verkauf übergeben worden. S. wurde aber unter dem Verdacht, selbst der Einbrecher zu sein, verhaftet und hatte sich jetzt vor dem Erweiterten Schöffengericht unter der Anklage des Einbruchdiebstahls im Rückfalle zu verantworten. Auch jetzt blieb er dabei, daß ihm die Wertpapiere zum Verkauf übergeben worden seien, er also nur wegen Hehlerei bestraft werden könne. Das Gericht sah aber doch die vorgefundenen Wertpapiere für ein so schweres Indiz für den Einbruch an, daß es ihn zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilte.

Die AOK.-Angelegenheit

In der Strafsache gegen Erich Bartsch und Genossen teilt die Justizpressestelle mit, daß Direktor Kirchhoff außer Verfolgung gesetzt wurde. Gegen die übrigen Angeschuldigten ist das Hauptverfahren unter Uebergehung des Schöffengerichts vor der Großen Strafkammer eröffnet worden. Ein Termin zur Hauptverhandlung ist noch nicht bekannt.

In Sachen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau wurde vor reichlich einem Jahre in der Presse gegen die „sozialdemokratische Mißwirtschaft" viel geschrieben. Leider mußte auch der Verwaltungsdirektor Kirchhoff unter dieser Hetze leiden. Es kam soweit, daß K. verantwortlich gemacht werden sollte für all die Dinge, die in der Presse entstellt wiedergegeben wurden. Der Samen der Hetze ging auf, Kirchhoff wurde unter Anklage gestellt, das Verfahren gegen ihn wegen Begünstigung eröffnet. Nach 1¼ Jahren Untersuchung, in denen Berge von Akten vollgeschrieben wurden, ist heute Kirchhoff die amtliche Mitteilung zugestellt worden, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt ist. Somit ist dem Kollegen K. ein Lichtblick geworden. Es stellt aber noch lange keine Entschädigung dar für all den Aerger, der diesem Manne zugefügt wurde, der ein Menschenalter im Dienste der deutschen Krankenkassenbewegung und vornehmlich der schlesischen Krankenkassenbewegung so sehr gewirkt hat.

Breslauer Kleingärten für Erwerbslose

Entsprechend der Notverordnung über die Förderung von Randsiedlungen und Kleingärten für Erwerbslose haben seit einiger Zeit in Breslau Verhandlungen zwischen dem Regierungspräsidenten, der städtischen Kleingartenverwaltung und dem Verband Breslauer Kleingartenvereine E. V. stattfinden können, die jetzt zu einem praktischen Ergebnis führten, wonach — günstiges Wetter vorausgesetzt — bereits in den nächsten Wochen mit der Erschließung der ersten Erwerbslosengärten für Breslau begonnen werden soll. Entsprechend der Notverordnung werden die Arbeiten durch Erwerbslose in gemeinsamer Beratung und Verwaltung zwischen dem Magistrat und der Kleingarten-Organisation durchgeführt.

Durch Vermittlung von Regierungspräsident Happ, einen warmen Förderer des Kleingartenwesens allgemein, wurden bisher 90 000 Mark für Breslau zur Verfügung gestellt. Da als Anlagekosten ein Betrag von 100 Mark pro Garten vorgesehen ist, ergibt sich nach dem ersten Projekt zunächst die Schaffung von 900 neuen Gärten; bisher sind allein für die „Viehweide" 250 und auf einem Teil des Linke-Hofmann-Geländes 350 bis 400 Gärten projektiert. Die Herrichtung der Gärten auf der Viehweide soll zunächst erfolgen.

Sowohl dem Magistrat als auch dem Verband Breslauer Kleingartenvereine sind in der letzten Zeit von zahlreichen privaten Grundstückseigentümern Ländereien innerhalb und außerhalb Breslaus angeboten worden.

Bei der Erstellung der neuen Anlagen wird man darauf bedacht sein müssen, diese nicht nur in einem Stadtteil erstehen zu lassen. So hatte die Kleingarten-Verwaltung schon vor Jahren die Absicht, an der Oswitzer Chaussee hinter dem Bahndamm auf einem dem Magistrat gehörenden Gelände eine Daueranlage herzurichten. Der Plan mußte aber aufgegeben werden, da die städtischen Kanalisationswerke ausgerechnet diesen innerhalb der Großstadt gelegenen Platz für ein- bis zweimalige Berieselung jährlich benötigen. Es wäre zu begrüßen, wenn dieser, nach fachmännischem Urteil für Schrebergärten besonders geeignete Platz diesem Zweck verwendbar gemacht werden würde, um so mehr, als die Zahl der Bewerber im Norden Breslaus recht erheblich ist und eine Rieselanlage schließlich nicht in die Großstadt gehört.

Ob noch ein weiteres Projekt in Masselwitz, sowie zwei andere zur Durchführung kommen, hängt von den Untersuchungen ab. In letzter Stunde haben sich übrigens auch bei der Bebauung der Viehweide Schwierigkeiten ergeben, doch ist anzunehmen, daß diese sich beilegen lassen werden.

Bei der Anlage der neuen Gärten wird streng darauf geachtet, daß sie nicht den Charakter des ehemaligen Kriegsgemüselandes zeigen. Aus diesem Grunde werden die Anlagen auch mit einem einheitlichen Außenzaun versehen. Die Größe der einzelnen Gärten wird, entsprechend den Richtlinien 400 Quadratmeter betragen. Die Arbeiten sollen von den späteren Bewerbern nach Möglichkeit selbst ausgeführt werden, wobei ihnen fachtechnische Berater zur Seite stehen. Außerdem soll untersucht werden, wie weit es möglich sein wird, den freiwilligen Arbeitsdienst für die Erstellung der neuen Anlagen dienstbar zu machen.

Das Interesse der Erwerbslosen ist in den einzelnen Orten ganz verschieden.

In Breslau nimmt Meldungen die Städtische Kleingartenverwaltung, Breite Straße 25, entgegen.

Und wenn noch 20

neue Marken erscheinen: Man darf*) eine 3½ Pfg. Zigarette nicht größer herstellen als CLUB ist, und vor allem – man kann sie nicht besser herstellen!

*) Das Tabaksteuergesetz bestimmt als obere Gewichtsgrenze für 3½ Pfg. Zigaretten 1,25 Gramm.

Handelskammern und ambulantes Gewerbe

Große Kundgebung für 26. Januar im Konzerthaus geplant

Obwohl nach dem allerdings recht veralteten Handelskammergesetz die Wahrnehmung der Interessen des ambulanten Gewerbes nicht zu den Befugnissen der Handelskammern gehört, beschäftigen sich dieselben sehr häufig mit Fragen der einzelnen Sparten des Wandergewerbes und entscheiden fast regelmäßig im ablehnenden Sinne. Auf Grund einer Verfügung des preußischen Handelsministers aus dem Jahre 1922 haben allerdings eine größere Anzahl der Handelskammern im Deutschen Reiche Vertretungen aus dem ambulanten Gewerbe in die hierfür in Frage kommenden Ausschüsse einbezogen, wodurch der seinerzeit wiederholt ergangenen ministeriellen Verfügung Rechnung getragen wurde. Scheinbar aus grundsätzlichen Erwägungen haben die Handelskammern Schlesiens die Zulassung Wandergewerbetreibender abgelehnt und ist ja auch zu wiederholten Malen die gegnerische Einstellung dieser Kammern dem Straßen-, Markt- und Hausierhandel gegenüber dokumentiert worden. Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des ambulanten Gewerbes in seiner Allgemeinheit, durch welches doch immerhin eine halbe Million Menschen sich eine Existenz gründen konnten, spricht wohl schon aus dieser Zahl. Es wird von keiner Seite behauptet werden können, daß das ambulante Gewerbe seinen Verpflichtungen Staat und Gemeinden gegenüber nicht im vollsten Maße nachkommt und darf in diesem Zusammenhange auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Wandergewerbescheine für ein Jahr ausgestellt und der Steuerbetrag hierfür für das ganze Jahr im voraus entrichtet werden muß. Wenn wir noch darauf hinweisen, daß auch die Umsatzsteuer im allgemeinen ein Vierteljahr im voraus gezahlt wird und Stand- und Platzgelder täglich eingezogen, ebenso alle Fracht- und Transportspesen unverzüglich durch die Wandergewerbetreibenden entrichtet werden, so sollte doch dieser Berufsgruppe bei Beratung von einschneidenden Fragen über das eigene Sein oder Nichtsein volles Mitberatungs- und auch Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Wenn sich einzelne Handelskammern in Schlesien — auch die in Breslau — ganz entschieden gegen diese oder jene Berufsgruppe des Wandergewerbes ausgesprochen und entschieden haben, ohne daß sie es für notwendig hielten, einen Vertreter aus der hierfür zuständigen Organisation — dem Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands — hinzuzuziehen, so dürfte dieser Zustand unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage ein ganz unhaltbarer geworden sein. Die in Breslau am 26. Januar stattfindende Kundgebung im Konzerthaus, welche im Rahmen der Tagung des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands veranstaltet wird, wird sich auch mit diesen Fragen beschäftigen und sind allen zuständigen Stellen besondere Einladungen zugeleitet worden.

Jubilarfeier im Distrikt 14

Dieser Tage fand in den festlich geschmückten Räumen des Restaurant Mally, Westendstraße 37, die Jubilarfeier des Distrikts 14 der SPD. statt. Die äußerst gut besuchte Veranstaltung wurde mit der Marseillaise eröffnet. Nach gemeinsamer Kaffeetafel, wozu der hierzu benötigte Kuchen gespendet war, begrüßte der Distriktsführer die Erschienenen. Anschließend hielt Parteisekretär Gen. Kukielczynski die Festrede, in welcher er auf den Kampf der letzten 25 Jahre und auf die Gegenwartsarbeit hinwies. Er schloß mit einem Dank an die Alten und einem Appell an die Jungen, wofür ihn reicher Beifall lohnte. Während des Abfingens der Internationale überreichte der Distriktsführer den acht Jubilaren der Jahrgänge 1906/07 als Ehrengeschenk des Ortsvereins Groß-Breslau je ein Exemplar: „Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie", sowie die vom Distrikt gespendete Jubilarnadel. Als Abschluß des Festaktes brachte Gen. Erika Hübner das Gedicht „Der Freiheit mein Lied" zum Vortrag. Den geselligen Teil leitete ein Doppel-Quartet vom „Männerchor Breslau" mit dem Lied „Krönt den Tag" ein. Das sehr abwechslungsreich gestaltete Programm hielt die Anwesenden bei Musik, Gesang, Tanz und gemütlicher Stimmung bis in die späten Abendstunden beieinander. Es sei auch allen Genossinnen und Genossen gedankt, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben.

Vor der Wohnungstür angefallen

Der Räuber erbeutete 40 Mark und ließ eine schwarzlackierte Fahrradluftpumpe zurück

Im ersten Stockwerk des Hauses Kreuzstraße 53 wurde gestern abend gegen 18 Uhr eine dort wohnende Amtsgerichtsratswitwe von einem jungen Mann angefallen, als sie im Begriff war, vor ihrer Wohnungstür die Schlüssel aus der Handtasche zu nehmen. Der junge Mann, der ihr gefolgt war, versetzte ihr von hinten einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf und im gleichen Augenblick entriß er ihr die Handtasche, in der sich 40 Mark Bargeld, ein silberner Rosenkranz und eine silberne Medaille befanden. Ehe sich die Frau vom Schreck erholt hatte und um Hilfe rufen konnte, hatte der Räuber das Weite gesucht. Auf dem Treppenflur wurde nur noch eine schwarzlackierte Fahrradluftpumpe gefunden, die wahrscheinlich zu dem Schlage benutzt worden ist.

Die Frau hatte verschiedene Besorgungen gemacht und war unter anderem auch in der Markthalle am Ritterplatz, wo sie bei einem Einkauf einen Geldschein gewechselt hat. Es wird angenommen, daß sie dabei beobachtet und sodann verfolgt worden ist. Vor der Wohnungstür schien dem Verfolger die Gelegenheit am günstigsten, seinen Plan zu verwirklichen, was ihm auch gelang.

Rundfunk vom Heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Heute um 15,25 Uhr spricht in der „Stunde der Frau" Ottegebe Eggers über „Lebensformen"; um 18,20 Uhr erzählt Erich Landsberg „Würzliche Historia"; um 19,45 Uhr hören wir ein Zwiegespräch „D.R.P. — D.R.G.M.". Besonders wichtig ist der „Blick in die Zeit um 21,55 Uhr. Es spricht Martin Darge.

Die Arbeit der Feuerwehr

Gestern kurz vor 14 Uhr wurde die Feuerwehr nach Agnesstraße 2 alarmiert. Dort war in einem im ersten Stockwerk des Grundstücks nach dem Hofe zu gelegenen Büroraum ein Regal mit Akten auf unermittelte Weise in Brand geraten. Durch die Hitze waren mehrere Fensterscheiben gesprungen und der Decken- und Wandputz zum Teil abgefallen. Das Feuer wurde mit der Eimerspritze gelöscht.

Kurz nach 23 Uhr erfolgte ein Alarm nach Morgenaustraße 2, wo in dem Schrebergartengelände eine etwa 20 qm große Laube brannte. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht, wozu eine zirka 280 Meter lange Schlauchleitung erforderlich war, da die Laube sehr weit von der Straße entfernt lag. Die Entstehungsursache des Feuers konnte nicht ermittelt werden.

Heute morgen gegen ½1 Uhr wurde die Feuerwehr nach Brüderstraße 40 alarmiert. In dem in dem Grundstück befindlichen Kohlenhof war in der Aufenthaltsbude wahrscheinlich durch Ueberheizen des Ofens Feuer ausgekommen, das jedoch noch mit der Eimerspritze abgelöscht werden konnte.

Die Abteilung für chirurgisch Tuberkulosekranke

an der Heilstätte in Breslau-Herrnprotsch ist mit der Abteilung für innerlich Tuberkulose vereinigt worden. Primärarzt Dr. Hugo Hanke ist deswegen am 30. September 1931 aus dem Dienste der Anstalt ausgeschieden.

Die Schlesischen Monatshefte

(Wilh. Gottl. Korn, Zeitschr.-Abt., Breslau I, monatl. 1 RM.) treten mit dem Januarheft in ihren neunten Jahrgang ein. Man hat, wenn man es liest, nicht nur den Eindruck der unverminderten Frische, sondern den einer immer besseren Auslese und Aktualität der Aufsätze und Bilder. Vorausschauend für das neue Jahr äußert sich Stadtbaurat Behrendt über das heut im Brennpunkt des Interesses stehende Programm der „vorstädtischen Kleinsiedlung". Vorausschauend ist ferner die Bekanntgabe der Pläne, die das Breslauer Thaliatheater zu einem verschönerten Gerhart-Hauptmann-Theater umwandeln werden. Einen wichtigen Beitrag zur schlesischen Kunsttätigkeit vor 100 Jahren bieten die bisher unveröffentlichten Entwürfe des großen Architekten Schinkel für das Schloß des Fürsten Pückler in Muskau, das Regierungsgebäude in Oppeln und das Oberlandesgericht in Ratibor. Die aktuelle Rundschau nimmt in gewohnter Weise zu den Tagesfragen von Kunst, Musik, Theater, Sport und Wirtschaft klärende Stellung; hier schreiben wie immer erste Fachleute auf ihrem Gebiete. Anekdoten im „Schlesischen Himmelreich" geben den heiteren Ausklang dieses wohlgelungenen Heftes, das jedem Heimatfreunde aufs wärmste empfohlen sei.

Monistische Gemeinde Breslau E. V.

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. Am Sonntag, den 24. Januar, 17,30 Uhr, findet im Saale Grünstraße 14-16 ein Lichtbilder-Vortrag über das Thema: „Hexen und Hexenprozesse statt. Redner: Emil Machek. Der Vortrag wird von Chorgesängen und der Rezitation des Melodramas Schillings „Das Hexenlied von Wildenbruch" umrahmt. Eintritt für Mitglieder frei, Gäste 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

TONKINO
GEWERKSCHAFTSHAUS
LICHTSPIELE

Ab Freitag, den 22. Januar 1932, täglich ab 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.30 Uhr,

Der Weg ins Leben von Nikolai Ekk

Einer der größten Russen-Tonfilme, der zugleich ein Lehr-, Kultur-, Dokumenten-, Spiel-, Kriminal-Film ist

„Der Weg ins Leben" 7 Wochen Berliner Uraufführung
3½ Millionen Besucher in Rußland.
Der Film mit Massenszenen von 2000 Mitwirkenden

Achtung! Montag, 25. Januar, findet keine Kino-Vorstellung statt

Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2.30 Uhr
Kinder-Vorstellung
Eintritt 20 Pf.

Voranzeige! Ab Freitag, 29. Januar, täglich
Der Storch streikt mit Siegfried Arno
Billige Eintrittspreise. Erwerbslose starke Ermäßigung

Theater und Musik

Musik im Schloß

Diesmal öffnete sich das Schloßmuseum nicht für die kleine Sensation einer historischen Singspielaufführung oder zu Sinfonie-Musik, sondern zu einer Kammermusikveranstaltung der Schlesischen Philharmonie. Es wurde damit der Anfang zu einem Unternehmen gemacht, das hier stärkste Unterstützung finden würde, wenn es als fördernder Faktor unseres Musiklebens in Gang käme. Die Schlesische Philharmonie hat mit ihren wirklich hervorragenden Instrumentalsolisten, die den Mitgliedern Berliner Orchestern hinsichtlich ihres Könnens nichts nachstehen sind die Möglichkeit einer Kammermusikliteratur vorgeführt, die die Ansprüche der gewöhnlichen und verwöhnteren Musikfreunde zu befriedigen in der Lage wäre. Was könnte da nicht alles zum Erklingen gebracht werden, vom instrumentalen Solo angefangen bis zu den seltsamsten Zusammenstellungen, vom Lied bis zum Madrigal; denn auch die Hinzuziehung der Vokalmusik in jeglicher Form wäre geboten und als hoher Bestandteil der Programme einzubeziehen. Nicht auszudenken die Bereicherung des Breslauer Musiklebens durch die fördernde Kammermusikarbeit der Philharmonie. Wenn man der Sache durch Studium und Hingabe dient, wird die Begeisterung groß sein und neben der ideelle und materielle Resultate nicht ausbleiben.

Das Programm des ersten Abends war ein bißchen nach den Usuellen Gesetzmäßigkeiten der Kammermusikliteratur zusammengestellt, wahrscheinlich um überhaupt erst einmal die Verbindung mit dem Publikum herzustellen. Man nahm Werke entgegen, die der Wiener Klassik angehören. Erstaunlich, wie ausgeglichen unter der impulsiven und suggestiven Führung Prof. Dehrns am Flügel, Mozarts Klavierquartett Nr. 1 G-Moll, bereits zu einem einheitlichen Organismus verschmolz. Wenn Franz Schätzer (1. Violine) die Farben vielleicht noch etwas grell auftrug und die melodische Linie zu kräftig nachzeichnete, so lag es wohl teils an seinem Instrument und zum andern an den Raumverhältnissen, an die er sich natürlich auch erst gewöhnen muß. Hingegen fehlte es ihm, so wenig wie den anderen Spielern (Georg Olomson 2. Violine, Albert Müller-Stahlberg Violoncello) an Schliff, stilistischem Empfinden und klanglicher Kultur. Die vier Spieler Franz Schätzer (1. Violine), Georg Olomson (2. Violine), Fritz Rüter (Viola) und Albert Müller-Stahlberg (Cello), fanden sich dann in Beethovens Streichquartett B-Dur op. 18 Nr. 6 in Klang und Disziplin am schönsten zusammen. Ihr Darstellungszentrum war die Reinheit der Notenwiedergabe, das Anstreben eines klassischen Stils, der zu Folge einer zeitgemäßen Ablehnung von jeder romantischen Uebertreibung, Unterordnung gegenüber dem Werk mit sich brachte. Die Wiedergabe löste spontanen Beifall aus. Der Abend gipfelte in Schaberts Forellenquintett. Den Streichern, zu denen sich im Kontrabaß Richard Fahle gesellte, gelang es, die dynamischen und formalen Voraussetzungen des Werkes meisterlich herauszuarbeiten und Prof. Dehrns wielle den schwierigen Klavierpart mit einer feinen Kultur des Anschlags und in einer leidenschaftlichen Beherrschtheit die so faszinierte, daß die Wiedergabe zum großen Ereignis der Veranstaltung geworden, gewaltiger Beifall beim Publikum auslöste. p.-k.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

Achtung, Distriktsführer! Die Karten für die Kundgebung der „Eisernen Front" sind zum Vertrieb im Sekretariat abzuholen.

Abteilung Gräbschen-Kleinburg. Heute 20 Uhr bei Lowak, Viktoriastraße 21, Ecke Reddigerstraße, Abteilungs-Funktionärversammlung.

Abteilung Scheitnig. Heute 20 Uhr bei Wittner, Akerstraße, Abteilungs-Funktionärversammlung.

Abteilung Ohlauer Tor. Heute 20 Uhr bei Hörlich, Lößstraße 13, Abteilungs-Funktionärversammlung.

Distrikt N. Sonnabend, 23. Januar, 20 Uhr, bei Omiecks-Rosenthal: Frauenversammlung. Redner Genosse Kukielczynski: „Die Frau und der Nationalsozialismus".

Obleute der Arbeiterwohlfahrt

Morgen 18 Uhr im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Flurstraße 4, wichtige Sitzung.

Sozialistische Arbeiterjugend

Heim 1. Heute 20 Uhr Filmabend im Heiligen-Geist-Gymnasium. Referent Genosse Willi Kitzmann.

Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße 45). Freitag Arbeitsgemeinschaft mit Genossen Paul Boer: Jugend und Preußenwahl. 20 Pf. mitbringen, wir gehen Sonntag zur Morgenfeier. Karten sind im Heim zu haben.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Sonntagheim ab 20 Uhr „Filmabend".

Bauernjugend. Sonntag 10 Uhr Kursus für Auszubildende (Zimmer an der Tafel.)

Bekleidungsarbeiterjugend. Heute 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus: Zweck und Ziel der FGJ. (Wanner.)

Gerber- und Lederarbeiterjugend. Sonnabend 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus Heimabend.

Freidenkerjugend

Gruppe Südost und Nord. Alle Genossen, die Sonnabend am Roten Appell in Zimpel mitwirken, erscheinen heute um 18 Uhr vor der Friedrich-Ebert-Schule in Zimpel zur Probe. 20 Uhr daselbst Generalprobe. Instrumente mitbringen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung! Die Vorstandsmitglieder erscheinen heute schon um 19,30 Uhr zu einer kurzen Besprechung vor Beginn der Generalversammlung.

Die Abteilungsleiter sind heute ebenfalls schon um 19,30 Uhr im kleinen Saale.

Achtung, Elternmitglieder! Erscheint alle heute um 20 Uhr zur Generalversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Banner 7 (Löbe). Morgen 20 Uhr bei Kanther, Lewaldstraße, Zug- und Gruppenführersitzung mit Abrechnung. Kassiererbücher mitbringen.

Vortrupp Führer. Heute pünktlich 19 Uhr im Büro zur kurzen Besprechung.

Vortrupp Süd. Heute Volksbühne. Sonntags treffen wir uns am vereinbarten Platz.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Schlesische Philharmonie. „Musik aus Wien" bringt das am kommenden Montag unter Leitung von Richard Lert (Staatsoper Berlin) a. G. stattfindende 7. Abonnementskonzert der Schlesischen Philharmonie. Aus dem Programm: Serenade in D-Dur von Mozart, Sinfonie Nr. 5 in B-Dur von Schubert, Andante aus der 2. Sinfonie von Mahler, „Künstlerleben" von Strauß. Karten täglich von 9 bis 14 und 17 bis 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater).

Stadttheater (Opernhaus). Heute Freitag, Anfang 20 Uhr, Abonn.-Vorst. C 9, zum ersten Male: Jarnos Operette „Die Försterchristel" in der Neuinszenierung von Otto Dewald, unter musikalischer Leitung von Hermann Weinlar. Anny Kunze singt die Christl, die übrigen Partien sind mit den Damen Kaltner, Lanz, Poell und den Herren Dewald, Henfelelt, Klata, Pflanzl, Radom, Schmidtmann, Singer und Roja besetzt. Morgen Sonnabend, Anfang 20 Uhr: „Die Zauberflöte". Sonntag vormittag, Anfang 11,30 Uhr (ermäßigte Preise), 2. Vorstellung der „Jungen Bühne". Nachmittags, Anfang 15,30 Uhr: „Tiefland". Abends, Anfang 20 Uhr: „Die Försterchristel". Montag, Anfang 19,30 Uhr: „Die Blume von Hawaii". Dienstag, Anfang 20 Uhr, Abonn.-Vorst. E 10: „Aida".

Lobetheater. Heute Freitag 20,15 Uhr und Sonntag 15,30 Uhr (einmalige Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen), letzte Aufführungen des großen Lustspielerfolges „Der Schwierige" von Hugo von Hofmannsthal. — Für die Sonnabend 20,15 Uhr stattfindende Erstaufführung von „Mademoiselle Docteur", ein Bühnenstück nach Motiven aus H. R. Berndorffs Buch „Spionage" von Otto Alfred Palitzsch (Inszenierung Martin Wagner), gibt sich bereits lebhaftes Interesse kund.

Thaliatheater. Heute Freitag 20,15 Uhr und Sonntag 15,30 Uhr (einmalige Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen), letzte Aufführungen des großen Heiterkeitserfolges „Frauen haben das gern...", Schwank-Operette von Arnold und Bach, Musik von Walter Kollo. Sonnabend 20,15 Uhr findet die Erstaufführung von „Das verfl... Geld", Lustspiel von Carl Rößler, in der Inszenierung von Martin Lindemann statt.

Schauspielhaus. Heute Freitag, morgen Sonnabend und Sonntag finden die letzten Aufführungen „Das Dreimäderlhaus" mit Heinrich Pacher von der Wiener Volksoper und den anderen Gästen statt. Am Sonntag verabschiedet sich das Corsotheater Zürich mit der letzten Aufführung der Operette „Das Dreimäderlhaus".

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe?

Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt

Abteilung: Haus- und Wochenpflege

Ortsausschuß, Flurstraße 4, Hof, II Telephon 57 766

Auskunft über die Vermittlung von Hauspflege täglich von 10—15 Uhr.

Unsere Hauspflegerinnen mit und ohne krankenpflegerische Vorbildung, übernehmen, besonders für Minderbemittelte, Familienpflege. Bezahlung nach Uebereinkunft.

Abteilung: Allgemeine Wohlfahrt

Ortsausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 57 766

Beratung in allen Wohlfahrtsangelegenheiten täglich, außer Freitag und Sonnabend, von 12—14 Uhr. (Vor 12 Uhr kann niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, ebenso nicht nach 14 Uhr, da vorher und nachher die Räume anderweitig gebraucht werden.)

Rat und Auskunft werden kostenlos durch die Fürsorgerin der Arbeiterwohlfahrt erteilt.

Abteilung: Erziehungs- und Jugendberatung

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 54 620

Auskünfte in allen Erziehungsfragen an Eltern und die heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 17—19 Uhr.

Die Beratungen, für die besonders geschulte Kräfte zur Verfügung stehen, sind kostenlos. Die Unterredungen werden streng vertraulich behandelt.

Abteilung: Fürsorge für Alkoholkranke

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof 2, Telefon 546 20

Beratung für Alkoholkranke und deren Angehörige jeden Montag von 17 bis 19 Uhr.

Rat und Auskunft wird kostenlos von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes erteilt.

Sexualberatungsstelle

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 54 620

Aerztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschafts-Verhütung usw. jeden Dienstag und Donnerstag von 18½ bis 20½ Uhr.

Die Beratung ist kostenlos. Sie unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Sprechstunde für Erwerbslose

Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten erteilt die Erwerbslosenkommission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Sprechstunden täglich von 9 bis 11 Uhr, außer Sonnabend. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizufügen.

Juristische Sprechstunde

findet jede Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr statt.

Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Abonnements-Quittung erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn Rückporto beiliegt.

Her zu uns! Hinein in die Eiserne Front!

Berauscht vom Erfolg der Septemberwahlen von 1930 verkündeten die geschwätzigen Führer der Nationalsozialisten am Anfang des vorigen Jahres, daß noch Ende 1931 der Kampf gegen den Marxismus und die Demokratie entschieden und der Sieg des Nationalsozialismus sicher sei.

Trotz der Kopflosigkeit der bürgerlichen Mittelschichten, trotz der Hörigkeit großer rechtsgerichteter Volksteile gegenüber den Nationalsozialisten: Aus diesem erträumten Sieg ist nichts geworden. Der Wunderglaube aller faschistischen Anhänger wurde grausam enttäuscht. Diese Enttäuschung wird 1932 ins Grenzenlose wachsen. Weder Legalitätsbeteuerungen noch freche Drohungen der Hakenkreuzritter und ihrer Horden wird sie an die Macht bringen.

Denn der Einbruch in die Linie der freiheitlich und sozialistisch orientierten Teile des deutschen Volkes ist elend mißlungen. Es ist das Hauptverdienst der sozialistischen Arbeiterschaft, wenn bis zur Stunde der Bürgerkrieg und damit der völlige Zusammenbruch verhindert wurde. Seit dem 14. September 1930 stehen Sozialisten und Republikaner in schwerstem Kampfe mit diesem kulturlosen Gegner, dessen Mordstahl viele unserer Besten zum Opfer fielen.

Aber dem Faschismus blieb der Weg versperrt.

Und dieser Weg wird ihm weiter versperrt bleiben. Nicht umsonst dürfen sie gewesen sein, die Kämpfe und Opfer an Gut und Blut. Der Faschismus kommt nie zur Macht! Nun steht die Eiserne Front!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, junge Sozialisten und Arbeitersportler stehen in ihren Reihen. Zum Kampf entschlossene, auf die Entscheidungsstunde vorbereitete Bataillone werden die Freiheit verteidigen, wenn es den Faschisten gelüstet, sie anzutasten. Die faschistischen Mordknechte werden ihre schlimmste Stunde erleben, wenn sie es wagen sollten, mit Gewalt die Entwicklung der Dinge zu beeinflussen.

Wir wünschen keinen Zweifel:

Der Gewalt begegnen wir mit Gewalt!

Und wir möchten den Gegner sehen, der uns die Freiheit nimmt. Der Gefahr des Rückfalls in die schwärzeste Barbarei werden wir mit allen Mitteln zu begegnen wissen.

Genossen, Republikaner, Kameraden! Unsere Schicksalsgemeinschaft ist Kampfgemeinschaft. Wo ist der Hundsfott, der sie nicht teilen will? Die Reihen der EISERNEN FRONT müssen immer weitere Verstärkung erfahren. Das Schicksal der deutschen Republik und die Freiheit, sie liegen in unserer Hand. Denken wir immer an die Worte des von den Schergen Mussolinis gemordeten Sozialistenführers Matteotti:

„Die Freiheit ist wie die Luft und wie die Sonne;
man muß sie verloren haben, um zu wissen, daß
man ohne sie nicht leben kann."

Wir werden sie nicht verlieren. Wir lagen einst im Blut und Schlamm der Schützengräben und wußten kaum noch, warum. Jetzt geht es um unsere Sache. Feiglinge und politische Kleinkrämer mögen beiseite treten. Aufrechte Männer gehören in die

Eiserne Front!

Sozialdemokratische Partei Ortsverein Groß-Breslau
Zimmer. Bretthorst.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Ruffert.

Ortsausschuß Breslau des Allgem. freien Angestelltenbundes
Wachsner.

Ortsausschuß Breslau des Allgem. deutschen Beamtenbundes
Fuhrmeister.

Reichsbanner »Schwarz-Rot-Gold« Ortsverein Groß-Breslau
Herrmann.

Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für den 24. Januar

Die Spiele des kommenden Sonntags versprechen guten Sport. Es stehen sich gegenüber: **Falke — V.f.R. in Neulirch.** Nach dem schlechten Abschneiden Falkes am Vorsonntag gegen Tasmania würde ein Sieg V.f.R.s nicht überraschen. **1921 — Wacker in Kosel.** Es ist mit einem völlig offenen Spiel zu rechnen. **Kawallen — Rapid in Kawallen.** Da das Spiel in Kawallen stattfindet, ist es sehr zweifelhaft, ob Rapid gewinnt. **Kanth — V.f.K. in Kanth.** Ein Sieg für V.f.K. wird erwartet. **1928 — Sparta in Goldschmieden.** Zeigt 1928 dieselben Leistungen wie am Vorsonntag, dann dürfte Sparta der Leidtragende sein. **Wratislawia — Asiania auf dem Asianiaplatz.** Rafft sich Wratislawia nicht bald zu besseren Gesamtleistungen auf, dann haben sie auch am kommenden Sonntag keine Aussicht auf Sieg. **Obernigk — Pfeil in Obernigk.** Nur wenn Pfeil mit voller Besetzung antritt, besteht die Möglichkeit eines Sieges. **Einigkeit — Einheit in Groß-Mochbern.** Man gibt Einigkeit in Groß-Mochbern nicht viel Aussicht auf Sieg. **Fortuna — Paschwitz in Domslau.** Wer hier den Sieger stellt, ist ungewiß. **Rosenthal — Trebnitz auf der Brückenaue.** Die junge, kampffreudige Mannschaft von Rosenthal dürfte gegen Trebnitz noch nicht bestehen können. **Rothsürben — V.f.B. in Rothsürben.** Hier heißt der Sieger V.f.B. **Südost — 1924 in Klettendorf.** Südost sollte erst nach Kampf zum Siege kommen. **Adler — Eintracht in Schwoitsch.** Ein interessantes Spiel, welches knapp für Adler enden könnte, ist zu erwarten. **Ohlau — Strehlen in Ohlau.** Nur die Platzkenntnisse sind für den Sieg entscheidend. **Silesia-Kickers — Herta im Stadion.** Eines der besten Spiele des Sonntags, wobei eine Voraussage unmöglich ist. **Vorwärts — Koberwitz im Stadion.** Vorwärts wird alles zeigen müssen, um zu bestehen. **Schmolz — 1930 in Schmolz.** Der Sieger heißt 1930. **Stern — Herta-Brieg in Gräbschen.** Das Spiel sollte von Stern nicht leicht genommen werden, wenn es zum Siege reichen soll. **Herrnprotsch — Oswitz in Herrnprotsch.** Ein Unentschieden wird erwartet. **V.f.L.-Oels — F.S.V. in Oels.** Der Form nach müßte F.S.V. gewinnen. **Freie Sportfreunde — Schlesien auf der Zaukholzwiese.** Den Sportfreunden wird der Sieg nicht leicht werden. **Union — V.f.L. um 10 Uhr in Deutsch-Lissa.** Wer diesmal die Besseren sein werden, ist zweifelhaft, da beide Mannschaften mit wechselndem Erfolg spielten.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

4. Frauen-Abteilung. Sonnabend, 20 Uhr, Heimabend. Funktionäre, Vereinsfunktionärsitzung.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Vereins-Jahres-Hauptversammlung Sonnabend, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12-14.

Fußball

14,30: Alt-Bergel I — Märzdorf I: Alt-Bergel; Gräsche (V. f. L.)
12,30: Alt-Bergel II — Märzdorf II: Alt-Bergel; Gräsche (V. f. L.)
Bezirksverband. Fußballsparte. Fragebogen bis Sonntag, den 24. Januar abliefern.

Athletik

Freie Sportvereinigung 1897. Sonntag, vormittag 8,30 Uhr: Training sämtlicher Handballer auf der Lohewiese. — 15 Uhr: Handballer und Gäste Endstation Linie 15 in Oswitz. Kartoffel- und Heringspartie nach Ransern.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Breslau

Montag, 19,30 Uhr, findet im Gewerkschaftshause die Generalversammlung der Kolonne statt. Alles muß erscheinen. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen!

Kulturvereine

Jahresversammlung der „Freien Sanitätsvereinigung Breslau". Am 19. Januar fand die Jahresversammlung statt, in welcher u. a. der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben wurde. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage hat die Vereinigung den Stürmen standgehalten. Besonders begrüßt wurde unsere Anteilnahme an dem „Schlesischen Sender". Auch der Kassenbericht zeigte, daß den gestellten Ansprüchen genügt werden konnte. Die Vorstandswahl ergab mit einigen Aenderungen die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. 1. Vorsitzender ist Genosse Willi Meder, Mehlgasse 62. — Sämtliche Anschriften sind an ihn zu richten. Mit Bewußtsein geht es nun wieder an die Arbeit. Uebungsstunden sind jeden Dienstag, ab 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17. Nächste Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 9. Februar, mit Vortrag des Genossen Rademacher über „Charakterkunde".

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Am Freitag, den 22. Januar 1932, abends 20 Uhr, findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. **Bericht über die letzten Maßnahmen der Reichsarbeitsgemeinschaft. Gen. Hugo Müller-Striegau.**
2. **Beschlußfassung über Mitgliederrechte und Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft.**
3. **Geschäftsbericht. Gen. Lina Schaertl.**
4. **Kassenbericht. Gen. Josef Malitzky.**
5. **Ergänzungswahlen zum Vorstand.**
6. **Verschiedenes.**

Eingeladen sind sämtliche früheren und neu-eingetretenen Mitglieder, soweit sie nicht einer der Sozialdemokratischen Partei gegnerischen Parteiorganisation angehören. Einlaß nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Vorstand. J. A.: Lina Schaertl.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Auch in den vergangenen 24 Stunden hielt im schlesischen Flachlande die starke Nebelbildung an. Da die Großwetterlage nur sehr langsame Aenderungen aufweist, so haben wir zunächst mit Fortdauer des Nachts und Morgens vielfach neblig-trüben, tagsüber dagegen sonnig-heiterem Wetter im Flachlande zu rechnen. In höheren Lagen dagegen hält die heitere, trockene und für die Jahreszeit sehr milde Witterung an. Da die Schneedecke auf den Südhängen im schlesischen Hochgebirge verfirnt ist, so sind die Wintersportverhältnisse für Ski als gut zu bezeichnen.

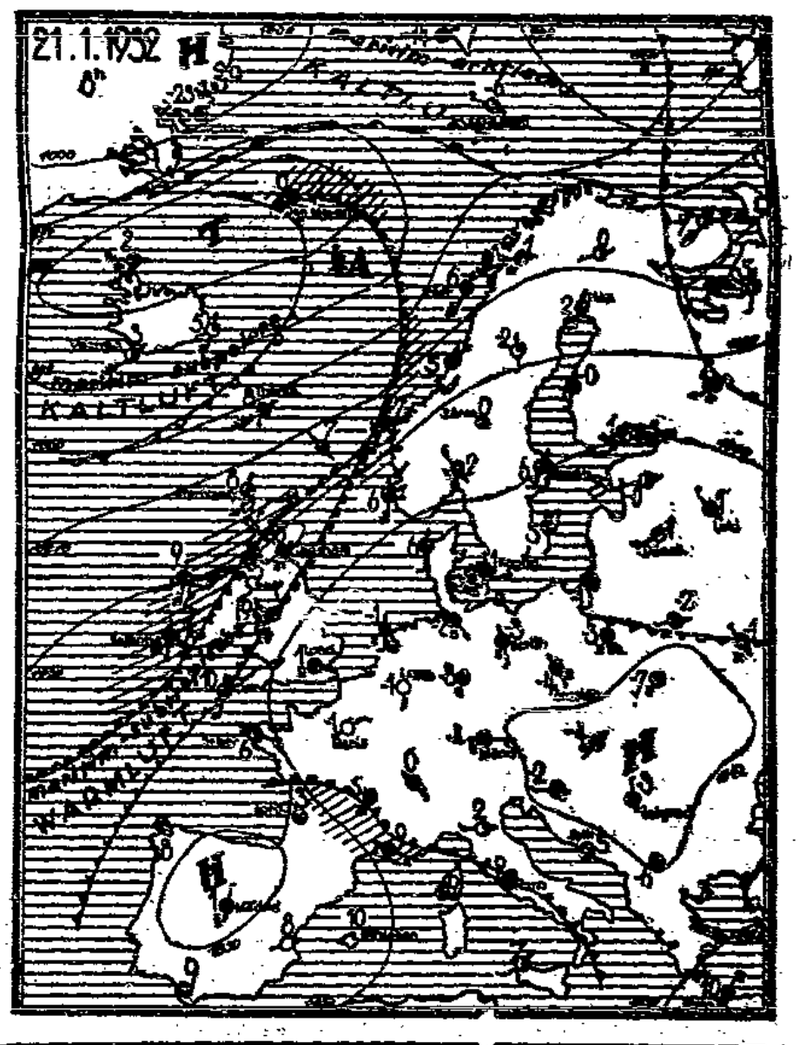
Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei südlichen Winden neblig-trübes, tagsüber meist sonnig-heiteres, trockenes Wetter, Nachtfrost, tagsüber etwas milder.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Bei südlichen Winden vorwiegend heiter, trocken, sehr mild.

Sonnenaufgang: 7,08 Uhr — Sonnenuntergang: 16,26 Uhr.



Zeichenerklärung: ○ wolkenlos, ◐ halbbedeckt, ◑ halbbedeckt, ● ganz bedeckt; ▽ Regen, * Schnee, △ Graupel, ▲ Hagel, ℞ Gewitter, ∞ Dunst, ≡ Nebel.
Die Spitzen der Windpfeile liegen im Stationskreis; die Befiederung gibt die Windstärke an. Windstille: ◎. Die Zahlen geben die Temperaturen in C°.
Beispiele: ○ wolkenlos, leichter Ost, 3°; ◑ 15, halbbedeckt, Gewitter, mäßiger Südwest, 15°; ● 4, ganz bedeckt, Schnee, starker Nordwest, −4°.
Schlechtwettergebiet mit anhaltend/niederschlag. Zusammenhängendes Gebiet mit niederschlägen. Nebelgebiet.
Warmfront (Aufgleitlinie) Kaltfront (Einbruchslinie) Divergenzlinie.
Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole ohne mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch lockere Felder gekennzeichnet.
Die Orte mit gleichem auf Meeresspiegel reduziertem Luftdruck sind durch feinere eingezogene Linien (Isobaren) verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Nummerierung der Zyklonen dienen große offene arabische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

Wasserstand

	22. 1.	21. 1.		22. 1.	21. 1.
Ratibor	1.44	1.64	Ransern (Unter-Pegel)	3.02	3.00
Neiße (Stadt)	−0.50	0.47	Dyhernfurth	2.24	2.24
Neißemünd. (Unt.-Pegel)	1.84	1.92	Abflußmenge sekundlich	149	149
Brieg (Mastenkran)	2.72	2.78	Fürstenberg vom 21. 1.	1.61	
Treichen	0.73	0.75	Wassertemperatur +1,0°		

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Bei nervösen Schmerzen, Kopfschmerzen, gichtischen und rheumatischen Schmerzen haben sich Togal-Tabletten heilbringend bewährt. Die Wirkung tritt unmittelbar ein, keine schädlichen Nebenwirkungen! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken.
124 Lib. 0,66 Chin. 743 Acid. acet. salic.

Genossinnen! Genossen!

Lasset

keine Gewerkschaftsversammlung
keine politische Versammlung
keine Frauenversammlung
keine Versammlung oder Sitzung
einer proletarischen Organisation
vorübergehen, ohne für die
Volkswacht zu werben

Eine gesetzwidrige Verhaftung

Der Schweidnitzer Oberstaatsanwalt auf dem Kriegspfad

Es ist leider eine Regelerscheinung, daß die strafrechtliche Ahndung von Versammlungskrawallen nach zweierlei gänzlich verschiedenen Prinzipien vor sich geht, daß sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter mit ganz anderem Maßstabe gemessen werden, als eben die Künder des Dritten Reichs. Obwohl es eigentlich gerichtsnotorisch sein dürfte, daß vor dem Anschwellen der Nazibewegung die politischen Auseinandersetzungen in öffentlichen Versammlungen, auch in den bewegtesten Zeitläuften der deutschen Republik niemals zu Exzessen geführt haben, wie sie jetzt leider an der Tagesordnung des vorläufig noch im Kleinen geführten Bürgerkriegs gegen die organisierte Arbeiterschaft sind. Die berüchtigte Volksgartenversammlung in Schweidnitz, die von den Nazimannen gesprengt wurde, bei der man Schwestern vom Roten Hakenkreuzorden mobilisiert und nach erfolgter „Räumung" einen Siegesumzug veranstaltet hatte, führte — wie bekannt — zu keinen ernsten Folgen für die Provokateure. Zwei lange Prozesse, zwei Referate des Herrn Hitler im Gerichtssaal, Demonstrationen und einige, milde bemessene Strafen für die gar zu kompromittierten Herren im Braunhemd waren das Ergebnis einer mit viel, mit sehr viel Objektivität durchgeführten Aktion der Justiz. In Steine wurden, als der Redner Herrn Hitler angeblich beleidigte, an die 40 Besucher zum Teil recht erheblich verletzt; so gut wie nichts geschah, niemand wurde verhaftet.

In Heidersdorf am vergangenen Freitag, aber war es anders. Dort handelte es sich um eine SPD.-Versammlung, in der ein Nazirednер ohne Rücksicht auf die Stimmung der vorwiegend freiorganisierten Besucher den Genossen Severing einen Betrüger nannte, den ehemaligen, in der Arbeiterschaft des Kreises angesehenen Landrat Seibold beschimpfte und zudem freundlichst in Aussicht stellte, daß demnächst 100 000 sozialdemokratische Funktionäre aufgehängt würden. Als es hier zum Krawall kam und die Nazis statt andere zu mißhandeln einmal selbst Prügel bezogen, da wurden nicht etwa die Provokateure, der Mann der unverblümt den Massenmord androht verhaftet oder in Untersuchung gezogen, nein da wurde

vorgestern der sozialdemokratische Arbeiter R. Knorrn aus Heidersdorf von der Arbeitsstelle weg verhaftet, in Fesseln gelegt und so wie ein gefährlicher Raubmörder nach Reichenbach transportiert.

Diese Verhaftung ist eine geradezu ungeheuerliche Provokation nicht nur der Heidersdorfer, nicht nur der Nimptscher, sondern aller sozialdemokratischer Arbeiter im Regierungsbezirk Breslau. Noch nie ist gegen die Bürgerkriegsfünger des Dritten Reiches eine solche Maßnahme durchgeführt worden. Kein sachliches Moment rechtfertigt diese vom Schweidnitzer (!!) Oberstaatsanwalt verfügte Maßnahme, die dem Betroffenen in der Zeit fürchterlichster Arbeitslosigkeit unweigerlich seinen Arbeitsplatz kostet und infolgedessen selbst bei späterer Klärung der Angelegenheit Kn. in einer Weise bestraft, die kein festangestellter Oberstaatsanwalt abzuschätzen in der Lage zu sein scheint.

Die Verhaftung des Knorrn ist aber auch ungesetzlich. In der Fabrik erschienen nämlich zwei Landjäger, erklärten dem überraschten Mann, daß er verhaftet sei, fesselten ihn und überführten ihn nach Reichenbach. Hier aber bekamen die beiden Beamten erst den Haftbefehl, ohne den sie die Verhaftung überhaupt nicht vornehmen durften.

Ist der Schweidnitzer Oberstaatsanwalt vielleicht in der Lage zu erklären, wieso das Gesetz hier in einer seiner wichtigsten Bestimmungen verletzt wurde? Die Begründung der Verhaftung ist unbekannt, aber auch kaum zu liefern, denn die Versammlung war von vielen hundert Leuten besucht, die in dem allgemeinen Tumult natürlich alle als „beteiligt" anzusehen wären, wenn die Auffassung vertreten wird, daß die Ueberfallenen, nicht die Provokateure allein für ihre Handlungen einzustehen haben. Es heißt, daß Knorrn beschuldigt wird, den Nazi-Schmied Näther schwer verletzt zu haben. Besagter Näther aber hat gerade als einer der ersten Radauhelden auf die sozialdemokratisch gesinnten Besucher losgeschlagen. Uebrigens wäre auch diese Beschuldigung, selbst wenn sie stichhaltig wäre, kein Grund zur Verhaftung, die auch keinem Angehörigen „besserer" Kreise bei gleicher Sachlage passiert wäre. Kn. hat Arbeit, hat in Heidersdorf ein Häuschen und Familie, Fluchtverdacht ist also ausgeschlossen, und Verdunkelungsgefahr, nachdem schon fünf Tage vergangen sind, ebenfalls nicht begründbar.

Die deutsche Justiz hat in der Arbeiterschaft wahrlich keinen allzu guten Namen. Sie scheint im Begriff zu sein, den letzten Rest von Vertrauen jener Bevölkerungskreise, die die Grundlage des demokratischen Staates bildeten und bilden, zu verscherzen, wird nicht endlich einmal in politischen Prozessen und Verfahren ein gleichmäßigerer Maßstab angelegt.

Was wir nicht wissen dürfen

„Vaterländisches" Waffendepot vor Gericht

Vor der Liegnitzer Großen Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsrat Bünger begann gestern der vielbesprochene Prozeß gegen den früheren Stadtverordneten und Ofenbaumeister Richard Scheibler aus Liegnitz wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz usw. in neuer Auflage.

Scheibler, bei dem man seinerzeit, wie berichtet, ein angeblich aus „vaterländischen Motiven" **verheimlichtes Waffenlager** gefunden hatte, war vom Liegnitzer Schöffengericht nach nichtöffentlicher Verhandlung wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz usw. **zu vier Monaten Gefängnis** verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt und auch erreicht, daß die Liegnitzer Große Strafkammer nur noch auf ganze 100 Mark Geldstrafe erkannte, während die Berufung der Staatsanwaltschaft verworfen wurde.

Gegen dieses merkwürdige Urteil des Liegnitzer Berufungsgerichts legte die Staatsanwaltschaft **Revision beim Reichsgericht** ein. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts hob das Urteil der Liegnitzer Großen Strafkammer auf, weshalb nunmehr nochmals vor der Strafkammer gegen Sch. verhandelt wird.

Zu der Verhandlung waren 10 Zeugen und Oberstleutnant Lucht vom Reichswehrministerium als Sachverständiger geladen.

Vor Verlesung des Schöffengerichtsurteils stellte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Semmt prompt den Antrag, **die Oeffentlichkeit einschließlich der Presse wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen.** Der Angeklagte Scheibler erklärte zu diesem Antrag, er habe kein Interesse daran, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werde, was hier verhandelt wird, kann jeder deutsche Mann hören! Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht trotzdem wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und der Presse zu verhandeln.

Wahrlich eine seltsame Staatssicherheit, die stets dann gefährdet ist, wenn die Feinde der Arbeiterklasse sich ihre niedlichen kleinen Spielzeuge aus der „großen Zeit" konservieren.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit erfuhr man, daß Scheibler zu ganzen 10 Mark (in Worten zehn Reichsmark) **verurteilt worden war;** und zwar lediglich wegen des Besitzes eines Stahlhelms. Diesen habe er unberechtigt besessen, da er Heeresgut sei und hätte abgeliefert werden müssen. Wegen der übrigen Waffen sei der Angeklagte aus „subjektiven Gründen" freizusprechen. Auf Grund einer (natürlich längst ungültigen im Jahre 1923 ausgestellten) Bescheinigung der Heeresverwaltung habe er sich für berechtigt halten können (!) die bei ihm vorgefundenen Waffen zu besitzen!

Wäre der Angeklagte ein Arbeiter und kein deutschnationaler Stadtverordneter gewesen, so hätte es zweifellos keine „subjektiven Gründe" gegeben.

Sich zu Tode getanzt

Ein 68 Jahre alter Rentner namens Renzner hatte in Kahnern, Kreis Sirieg, etwas zuviel getanzt, worauf ihm schlecht wurde. Nach einem kurzen Aufenthalt im Freien besserte sich jedoch sein Befinden, worauf er wiederum weitertanzte und plötzlich — tot umfiel. Ein schnell herbeigerufener Arzt stellte Tod infolge Herzschlages fest.

Sondeck muß bezahlen

Die zweite Zivilkammer des Glatzer Landgerichts hat in dem Wechselprozeß der Donaubank gegen die Stadt Landeck das Urteil im Revisionsverfahren, durch das die Stadt zur Zahlung der geklagten 6000 Mark verurteilt worden war, bestätigt. Die Wechselunterschriften der beiden Magistratsmitglieder auf den sogenannten Loskyschen Wechseln, die bekanntlich ohne Gemeindebeschluß der städtischen Körperschaften gegeben worden waren, wurden für verbindlich erklärt. Durch die Zinsen und die im Streitverfahren entstandenen Spesen hat die gesamte Schuld der Stadt bereits die Höhe von 140 000 Mark erreicht.

Polizei gegen Arbeitslose

in Polnisch-Schlesien

In Rybnik kam es am Donnerstag nachmittag nach einer Arbeitslosenversammlung zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und Versammlungsteilnehmern. Ein Arbeitsloser wurde erschossen, drei Straßenpassanten schwer verletzt.

Hindenburg. Auf offener Straße ermordet. Auf der Eberistraße unter der Eisenbahnunterführung wurde der Werkstudent Miosga von einem Unbekannten durch zwei Schüsse niedergestreckt. Miosga begleitete die Tochter des Fleischermeisters Gurek die die Tageslosung einer Filiale in einer Aktentasche — etwa 180 Reichsmark — dem M. zum Tragen übergeben hatte. Unter der Unterführung trat plötzlich ein Mann aus einem Mauervorsprung heraus und schoß aus wenigen Schritten Entfernung auf Miosga, der schwer getroffen zu Boden stürzte worauf der Täter versuchte, ihm die Aktentasche zu entreißen. Auf das flüchtende Fräulein Gurek gab der Mörder ebenfalls einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Miosga verstarb wenige Minuten nach dem Attentat.

Pawlowitzke, Kreis Kosel. Tödlicher Unfall auf dem Dorfteich. Auf dem Dorfteich fiel der in Gnadenfeld wohnende Heinz Zemke mit dem Hinterkopf so unglücklich gegen die Schlittschuhe, daß er nach zwei Tagen, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, verstarb.

Michowitz OS. Ein Kind lebendig verbrannt. Die dreijährige Tochter Christine des Häuers Anton Cziwonski spielte, mit der vierjährigen Schwester in der Wohnung eingeschlossen, mit einer brennenden Karbidlampe. Plötzlich fingen die Kleider des Kindes Feuer. Auf das Geschrei stiegen Hausbewohner durchs Fenster ein, doch hatte das Kind bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß es bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Jahresversammlung der Arbeiter-Wohlfahrt

Die Jahresversammlung des „Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt"

Provinz Niederschlesien e. V., findet am Dienstag, 26. Januar, vormittags 10 Uhr, im Büro der Arbeiterwohlfahrt in Breslau, Flurstraße 1, Hof, 2. Stock, statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Jahresbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.

Die Mitglieder werden schriftlich eingeladen.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Provinz Niederschlesien e. V.
Marg. Lüdemann. Paul Lehmann.

Aus der Umgebung

Noch keine Einigung mit den Aerzten

im Landkreis Breslau

Die gestrige Sitzung, an der der Vorstand des Aerz vereins und der Vertreter der Kreisverwaltung teilnahmen, noch nicht zu einer endgültigen Vereinigung der offenen Fra hinsichtlich der Versorgung der Fürsorgeberechtigten führt. Währ von seiten des Landrats auf die überaus mißliche finanzi Lage des Kreises hingewiesen wurde, die die Erfüllung der A gaben aus der Fürsorgepflicht-Verordnung nur noch teilw ermögliche, wurde von den Vertretern der Aerzte erklärt, sie insbesondere in der Vergangenheit nicht zu teuer gearbe hätten.

Nach einer gründlichen Aussprache wurde eine neue Sitzu vereinbart, in der von beiden Verhandlungspartnern n Vorschläge gemacht werden sollen, so daß, sofern n etwa besondere Schwierigkeiten durch die sehr unnachgieb Haltung des Kreiskommunalarztes Münzberg entstehen, mit ei Einigung in Kürze gerechnet werden kann.

Aufmarsch der „Eisernen Front"

in Neumarkt

Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, kommt republikanische Bevölkerung des Kreises Neumarkt im Lo „Gelber Löwe" in Neumarkt zu einer

öffentlichen Kundgebung

zusammen. Redner ist Reichstagsabg. Karl Wendemuth.

Land- und Industriearbeiter, Erwerbslose, Bauern Handwerker, Gewerbetreibende und Angestellte, beweist durch e Teilnahme, daß ihr gewillt seid, der faschistischen Gefahr e gegenzutreten. Bekundet gegenüber den Behörden, daß wir n länger zusehen werden, wie der Faschismus die Volksrechte in Republik und das Wirtschaftsleben zum Nachteil der Gesamtb des deutschen Volkes erschüttert. Die Mordparolen der Na müssen einmal ein Ende haben. Deshalb auf

am Sonntag, den 24. Januar, nach Neumarkt!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Gau Schlesien.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Breslau-Land—Neumarkt—Nimptsch.

Jäschgüttel. Aus der Partei. Am 19. Januar h die hiesige Ortsgruppe der SPD. ihre Generalversammlung zu der auch einige Genossen aus Opperau und Peterwitz als G erschienen waren. Der Vorsitzende berichtete über die vergangenen Jahre geleistete Arbeit, der Kassierer über se Arbeit, für die ihm einmütig Entlastung erteilt wurde. Bei anschließend vorgenommenen Wahlen zum Vorstand wurde Vorsitzender Genosse Berthold Kleinert wiedergewählt. Kassie wurde Genosse Alois Theinert, Schriftführer Genosse Berth Kleinert, Revisoren Genossen Herrmann Nitschke und Wilhe Hanschke. Als Delegierter zur Generalversammlung des Un bezirks wurde Genosse Josef Machner bestimmt. Anschließ hielt Genosse Kiontke-Opperau ein kurzes Referat über Thema „Wie entstand der Sozialismus" und gab zugleich ei politischen Rückblick auf das Jahr 1931 und einen Ausblick das Jahr 1932. Reicher Beifall lohnte ihn für seine Mühe. einem Hoch auf die SPD. und die Internationale, sowie Aufforderung, weiterhin für die Partei zu kämpfen und werben, schloß Genosse Kleinert die Versammlung.

Borne. Keine Mietszuschüsse für Wohlfahrtsempfänger. Eine lebhafte Debatte gab es hier in der letz Sitzung der Gemeindevertretung, um die Gewährung von Mie zuschüssen an die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Natür wurde die Gewährung solcher Zuschüsse von der Mehrheit a gelehnt; die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger könn weiter von 7,91 Mark „leben". — Genosse Gafert interpelli dann, wieso bei der Fleischmarkenverteilung Familien mit vier Kindern auch nur eine solche Karte erhalt während das Arbeitsamt für seine Unterstützten je nach d Familienstand auch zwei Karten abgibt. Ferner stellte Gen Gafert einen Antrag, für die auf Karten zu beziehenden Kohl den Erwerbslosen Fuhren zu stellen. Erfreulicherweise erklär sich die Gespannbesitzer der Gemeindevertretung bereit, i Gespanne unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Arbeitslosen, die noch auf ihr Stempelgeld warten, sollen n einer weiteren Anregung Vorschüsse gegeben werden.

Kauth. Die Arbeiter-Wohlfahrt beschenkte einer schlichten Feier die Kinder der erwerbslosen Parteigeno mit praktischen Gebrauchsgegenständen. Je nach Wunsch wur Schuhe, Strümpfe, Unterwäsche oder Stoff ausgegeben. Gen Franz Hoffmann gab einen kurzen Abriß der Arbeit bewegung und der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt, Geno Raphael ermahnte die Frauen zur regen Mitarbeit, wor die Veranstaltung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie endet wurde.

Kostenblut. Pferd mit Geschirr gestohlen. D Gutsbesitzer Scheschke wurde das beste Pferd aus dem Sta gestohlen. Die dreisten Diebe nahmen auch das Geschirr m Obwohl sofort alle Märkte abgesucht wurden, konnte von Dieben noch keine Spur entdeckt werden.

Sozialdemokratische Parte

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–1
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9–13 u. 16–18

Rothsürben. Sonnabend, den 23. Januar, findet im Lo Rahn 19½ Uhr eine öffentliche Versammlung st Redner ist der Reichstagsabgeordnete Wendemuth. Sorgt guten Besuch.

Sacrau. Sonnabend, den 23. Januar, 20 Uhr, bei Maiwa Generalversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Malkwitz. Sonnabend, den 23. Januar, 20 Uhr, bei Herso Generalversammlung. Redner: Genosse Lehrer Kiont

Schmolz. Sonntag, den 24. Januar, findet bei uns im Lo Kabitz um 19,30 Uhr eine öffentliche Versammlung st Redner: Reichstagsabgeordneter Wendemuth.

Klarentranst. Sonntag, den 24. Januar, 17 Uhr, bei Mich Generalversammlung. Redner Genosse Dr. Korn.

Oltaschin. Sonntag, den 24. Januar, 15 Uhr, bei Grie Generalversammlung. Redner Genosse Schiffer.

NIVEA-CREME
ganz wesentlich billiger
Preise 15 bis 100 Pfg

Ein Plaidoyer gegen Calmette

Dr. Wittern glaubt nicht an eine Verwechslung — Vorsätzliche Körperverletzung

Am Donnerstag wurde der Calmette-Prozeß fortgesetzt. Als er Vertreter der Nebenkläger hielt Dr. Wittern ein sechsdiges Plädoyer. Rechtsanwalt Dr. Wittern führte u. a. aus: stehe nicht auf dem Standpunkt, daß in Lübeck nur eine Verhselung in Frage kommt. Meiner Meinung nach kann für die klärung des Unglücks auch ein Rückschlag des BCG. in seine ulente Urform in Betracht kommen. Dr. Altstaedt und Prof. cke haben sich auf das verlassen, was man allgemein in der it sagte: Man sagte, der BCG. sei unschädlich. Trat ein ner des Calmette-Verfahrens auf, so hieß es vom Pasteurtitut aus immer: bei seinen Arbeiten müßte ihm ein Verhsfehler unterlaufen sein, das Calmette-Verfahren sei rall erfolgreich angewandt worden. Der Erfolg steht hier im l. Dieser Erfolg hat die Angeklagten auf die Anklagebank racht. Und noch einen Angeklagten sehe ich auf der Anklagebt sitzen: das ist das Kind der Zeit, die Oberflächlichkeit, das titlose Nachbeten von dem, was andere gesagt ben. Der Deutsche ist von Natur aus gründlich. Ich nehme ihm übel, daß er auf das Calmette-Verfahren hereingefallen Die Methode Calmettes verstößt, wie Professor Poll ausihrt hat, gegen die biologischen Grundsätze. Abgeschwächte genschaften sind nicht erbbeständig. Ich sehe die rlässigkeit der Angeklagten Dr. Altstaedt und Professor Deycke in, daß sie ohne ausreichende Berücksichtigung der Gegner Caltes sich die Ansicht zu eigen gemacht haben, der BCG. sei ein s fix. So erblicke ich im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft in der Einführung des Calmette-Verfahrens eine fahrsige Handlung.

Dr. Wittern ging dann auf das persönliche Verhältnis schen Dr. Altstaedt und Professor Deyke ein. Professor Deyke der Lehrer Dr. Altstaedts. Als Dr. Altstaedt Physikus in eck wurde, da kam es so, daß der Schüler die Aufsicht er seinen Lehrer zu führen hatte.

Rechtsanwalt Dr. Wittern fuhr fort: Gleichviel, ob man nun wechselung oder Virulenzrückschlag annimmt, in jedem Fall en Dr. Altstaedt und Prof. Deyke schuldhaft gehandelt, edem Falle haben sie die Verantwortung zu tragen. Dadurch, Dr. Altstaedt die Elternschaft ungenau über den Charakter Calmette-Mittels aufklärte, ja, sie durch geflissentliche Verdung des Wortes „Impfung" absichtlich täuschte, hat er sich vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem folg schuldig gemacht. (Strafe: Zuchthaus nicht unter drei ren oder Gefängnis nicht unter drei Jahren, bei mildernden ständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.)

Dr. Wittern behandelte dann die Durchführung der pfungen in Lübeck. Unbedingt hätte man sofort, als sich die n auffälligen Krankheitserscheinungen zeigten, die pfungen einstellen müssen. Nichts zwang ja zur setzung. Daß dies nicht geschehen sei, sei die Schuld des Angten Professor Klotz. Er müsse daher mit anderem Maß Dr. Altstaedt und Professor Deyke gemessen werden. Man Calmette soll wissenschaftliche Verdienste haben. Ich bin , ich kann das nicht beurteilen. Auf dem Gebiete der erkulose-Schutzimpfung hat er keine Verdienste. Das weiß etzt. Wer jetzt noch das Calmette-Mittel anwendet, tut es seine eigene strafrechtliche Gefahr. Er tut es auch dann auf Gefahr, wegen Mordes angeklagt zu werden.

Am Freitag werden die übrigen Vertreter der Nebenkläger, allem Rechtsanwalt Dr. Frey, ihre Plädoyers halten.

Feuergefecht zwischen Einbrechern und Landjägern

Zu einem nächtlichen Gefecht kam es zwischen Einbrechern Landjägern am Dienstag abend in der Nähe von Tribsees, s Grimmen. Zwei Landjäger bemerkten ein anscheinend mit Panne im Sommerweg stehendes Auto. Auf der Rückfahrt bs gegen 11 Uhr fanden die Beamten diesen Kraftgen immer noch vor. Als die Landjäger darauf nach Ursachen des langen Aufenthaltes forschen wollten, zogen Wagenführer und ein Wageninsasse ihre Pistolen und rten auf die Beamten, die Deckung hinter dem en Wagen suchten und das Feuer erwiderten. Insgesamt etwa dreißig Schüsse gewechselt worden sein. Nachdem die jäger ihre Munition verschossen hatten, gelang es ihnen, sich hrem Wagen, trotzdem die Reifen zerschossen waren und auch ühler durch Kugeln beschädigt worden war, in Sicherheit ringen. Als die herbeigeeilte Verstärkung an den Tatort war das fremde Auto verschwunden. In der darauf wurde der Wagen kurz vor Rostock auf der Chaussee funden. Die von der Rostocker Kriminalpolizei aufmmenen Nachforschungen haben zur Verhaftung von verdächtigen Männern geführt. Es handelt m den aus Berlin stammenden 34 Jahre alten Handlungsen Gustav Müller, den in Berlin, Ackerstraße, enden Alwin Müller, einen 26 Jahre alten Fritz er mit unbekanntem Wohnsitz, und einen vierten, der jede unft über seine Person verweigert. Bei den Verhafteten en zwei 9 Millimeter Armeepistolen, eine Mauserole und etwa 450 Mark Bargeld gefunden. Der Wagen das Kennzeichen aus Naumburg an der Saale.

* * *

Bei der Vernehmung der vier auf dem Rostocker Bahnhof fteten Berliner Einbrecher, die mit Landjägern in der Nähe Tribsees ein Feuergefecht hatten, konnte auch der vierte — bar der Anführer der Bande — als der Schlosser Walter Schering aus Berlin festgestellt werden, der bereits mit 14 Jahren Zuchthaus wegen verschiedener Delikte vorbestraft, aber 1928 amnestiert worden ist. Die Verhafteten bestreiten, das Feuer auf die Landjäger eröffnet zu haben. Sie leugnen auch, bei ihrer Fahrt von Naumburg nach Tribsees einen Einbruch verübt zu haben. Die bei ihnen gefundenen 470 Mark wollen sie bei Gelegenheitsarbeiten verdient haben. Ueber die Herkunft der Waffen verweigerten sie nach wie vor die Aussage.

Riesige Devisenschiebungen aufgedeckt

Ein Fall von Devisenschiebungen, in dem es sich um Millionenobjekte handelt, ist jetzt von Beamten der Zollfahndungsstelle aufgedeckt worden. Der Bankier Dr. Gutherz in Berlin, der Vertreter des Bankhauses Singer & Friedländer, das seinen Stammsitz in London hat, ist verhaftet worden. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Verhaftungen von Bankiers und Privatpersonen erfolgen werden.

Zu der Verhaftung erfahren wir folgende Einzelheiten: Die ersten Devisengeschäfte, die Dr. Gutherz in Vertretung seines Hauses Singer & Friedländer in Deutschland durchführte, entsprachen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit Erlaubnis der Berliner Devisenstelle brachte er deutsche Wertpapiere vom Londoner Markt nach Berlin. Später tauschte er diese Wertpapiere hier gegen andere deutsche um. Diese neuen Stücke wollte er dann wieder mit nach London nehmen. Die Papiere, mit denen er hier Geschäfte machen wollte, hatten einen Wert von über einer Million Mark. Die Beamten der Zollfahndungsstelle brachten aber in Erfahrung, daß Dr. Gutherz die neuerstandenen Wertpapiere nicht nach London überwies, sondern daß er mit verschiedenen kleinen Kommissionshäusern und Privatbankiers in Verbindung trat. Er verkaufte die umgetauschten deutschen Wertpapiere und richtete bei seinen Geschäftsfreunden Reichsmarkkonten ein. Die Bestimmungen besagen nun, daß diese Bankkonten von den Banken als sogenannte Sperrkonten geführt werden müssen und der Kontoinhaber nicht mehr das Recht hat, über die Gelder frei zu verfügen. Dr. Gutherz handelte entgegen diesen Bestimmungen. Anscheinend haben englische Firmen nicht nur durch Vermittlung von Gutherz ihre Schulden bei deutschen Firmen in Reichsmark abgezahlt, sondern auch Einkäufe getätigt. Als Dr. Gutherz jetzt nach Marienbad fahren wollte und damit deutsches Reichsgebiet verlassen hätte, wurde er von den Beamten aus dem Zuge heraus verhaftet. Ueber eine halbe Million Reichsmark sind bereits beschlagnahmt worden.

Schafe, die geschoren wurden

Wenn man den Rechtsradikalen vertraut

Unser Bild zeigt eine Ansammlung von Sparern, die ihr Geld verloren haben. Die Evangelische Zentralbank eGmbH. in Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank stand unter der ausschließlichen Leitung von deutschnationalen und nationalsozialistischen Persönlichkeiten.

Der Vernehmungsrichter hat inzwischen auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den Geschäftsführer Paul Runck und dessen Bruder, den Diplomingenieur Adolf Runck, Haftbefehl erlassen. Gegen beide Brüder besteht der dringende Tatverdacht des gemeinschaftlichen Betruges, gegen Paul Runck auch Tatverdacht der Depotunterschlagung und gegen Adolf Runck der Beihilfe dazu.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Salaban 1916 Buchhalter in Göttingen

Der in Berlin als Falschmünzer entlarvte angebliche Dr. Salaban war, wie das Göttinger Tageblatt meldet, im Jahre 1916 als Buchhalter bei der Göttinger Kohlengroßhandlung Wolters tätig. Salaban war damals auch an der Göttinger Universität immatrikuliert. Er gab damals an, aus Czernowitz in der Bukowina zu stammen.

Sklareks Lehmann

Im Berliner Sklarek-Prozeß wurden am Donnerstag die Fälschungen des Sklarekbuchhalters Lehmann erörtert. Die Stadtbank hatte von der Firma Sklarek als Unterlage für die Millionenkredite Vorlegung von Auftragsbestätigungen verlangt. Um dieses Verlangen zu erfüllen, hat Lehmann künstlich solche Auftragsbestätigungen hergestellt und hierbei im Laufe der Jahre 218 Unterschriften verschiedener Magistratsbeamter gefälscht. Lehmann bekannte sich zu diesen Engrosfälschungen. Er erklärte, daß er die Unterschriften der Beamten nach Originalunterschriften durchgepaust habe. — Ferner kam noch zur Sprache, daß die Sklareks eine Bilanz für das Jahr 1925 gefälscht haben. 200 000 Mark sind damals „glatt unter den Tisch gefallen". Aber als der Vorsitzende den Angeklagten Willi Sklarek einer Prüfung über Bilanzkunde unterzog, stellte sich heraus, daß Willi Sklarek keine Ahnung hatte; wenigstens gab er vor, gänzlich unwissend zu sein. Seine Antworten erregten allgemeine Heiterkeit. Als er bat, das Examen abzubrechen, um eine weitere Blamage zu vermeiden, antwortete der Vorsitzende: „Auch Ihre Unkenntnis ist mir wesentlich. Hoffentlich haben Sie nicht mehr nötig, Bilanzen aufzustellen."

Neuer Betrugsskandal

Die Berliner Staatsanwaltschaft erließ einen Steckbrief hinter dem nach Italien geflüchteten Berliner Großkaufmann Karl Scheidemantel. Der Gesuchte, Inhaber einer der größten Berliner Papierhandlungen, wird beschuldigt, die DD-Bank und andere Gläubiger um Hunderttausende betrogen zu haben. Scheidemantel soll u. a. fingierte Papierbestellungsaufträge bei der DD-Bank eingereicht und daraufhin Geld ausgezahlt erhalten haben.

Der Tod der Frau von Hennigs

Das Greifswalder Schöffengericht verurteilte gestern den Privatförster Johann Blinzler aus Buggow, der durch eine zum Wildfang aufgestellte Schußwaffenfalle am 21. November vorigen Jahres den Tod der 50 Jahre alten Ehefrau des Rittergutsbesitzers von Hennigs herbeigeführt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafaussetzung nach Verbüßung von drei Monaten.

Die Verhandlung ergab den einwandfreien Beweis, daß nur eine Fahrlässigkeit des Försters vorgelegen hat.

Eine Verhaftung im Mordfalle Cromm

Die wegen der Ermordung des Kaufmanns Cromm, dessen Leiche vor einigen Tagen im Düsseldorfer Hafen gefunden wurde, angestellten Nachforschungen, haben zur Festnahme des Kaufmanns Neffgen in Reusrath geführt, in dessen Wohnung ein Rock des Ermordeten beschlagnahmt worden ist. Neffgen ist gestern dem Richter vorgeführt worden, der auf Grund des vorliegenden Ermittelungsergebnisses Haftbefehl erlassen hat.

Palast
Tonfilmbühne
Gabelstraße 20—22
Bülowstraße 49
Beginn an den Wochentagen
4.30 6.40 8.30 Uhr
Ab Freitag bis Donnerstag, 28. Januar
Max Adalbert
Der Weltbesucher
Mein Herz sehnt sich nach Liebe
lustiges Singspiel von Eugen Thiele — da bleibt kein Auge trocken
Zwei Humorkanonen Adalbert Sandland.
Im Beiprogramm: Toni Attenberger — Im Brechenwasser der Gebirgsbäche. — Neueste tönende Wochenschau.
Auf der Bühne: R. Rocca Pasoba — Meister der Geschicklichkeit und der Geschwindigkeit, der moderne Zauberer und Gaukler.
Jugend Zutritt verboten! Arbeiter-Sport-Kartell
Preise der Plätze ab 60 Pf. bis 1.50 Mk. Ermäßigung an allen Wochentagen 50 % Ermäßigung.
Sonntag, 24. Januar, 1/2 3 Uhr: Große Kindervorstellung
Der Pfleger von Calderstein u. das große Technikprogramm mit Bühnenmusik! Kinder 20 bis 90 Pfennige.

Prinzessin Sternmiere

Von G. Th. Rotman.

35.

Hu! Was war das für ein grausiges Tier! Herr Maulwurf hat mitten zwischen Töpfen, die voll Maikäferschinken und Engerlingsgehaktes waren. Er verschlang diese Speisen kochendheiß. Und was für ein Messer hatte der Kerl — und was für Fingernägel! Und wie falsch lauerten die kleinen, listigen Äuglein! Brr!

36.

Es war ein Glück, daß gerade die Tür offenstand. So schnell sie konnten, liefen deshalb die beiden Mäusejungen weg. Aber das war nicht so leicht in den finsteren Gängen der Maulwurfshöhle. Immer wieder kriegen sie ihren Kopf und hörten das abscheuliche Tier hinter sich. — Auf einmal aber sahen sie Licht. Noch ein paar Sprünge und sie waren wieder draußen.

(Fortsetzung folgt.)

Drakonische Sparmaßnahmen bei den Beamten

Die erste Arbeit der Nationalsozialisten im Dritten Reich — Ein Geheimdokument über die Nazi-Beamtenagitation — So geht es den Kälbern, die ihre Metzger wählen

In einer vom „Bund für Freiheit und Recht" in Leipzig veranstalteten Versammlung rechnete der frühere Kreisleiter der Nationalsozialisten in Offenbach a. M., Landtagsabgeordneter Schäfer, bekannt geworden durch die Auslieferung des Borgheimer Blutdokuments an die Behörden, mit seinen früheren Parteifreunden und deren doppelzüngiger Politik gründlich ab. Dieser Mann, der in Hessen eine führende Stellung einnahm und Einblick in das Treiben der Nazi hatte, muß ja am besten wissen, wie innerlich verlogen die Politik der Hitlerpartei ist. Alle Beamte aber müßten sich jedenfalls das hinter die Ohren schreiben, was der frühere Naziführer Schäfer über die Stellung der Nationalsozialistischen Partei zu den Beamten ausgeführt hat! Hören wir ihn selbst:

„Die Nationalsozialisten wenden sich mit

unglaublichen Versprechungen

an die Beamten. Sie können sich nicht genug daran tun, ihnen immer neue Seligkeiten zu versprechen. Das Dritte Reich soll, so sagen sie immer wieder, ein Paradies für die Beamten werden. Aus diesem Grunde laufen ja so viele Beamte den Nationalsozialisten zu. Aber auch in dieser Beziehung ist die Partei Hitlers heuchlerisch und verlogen.

Auch hier betreibt sie ein unglaublich schamloses Doppelspiel.

In einer Erklärung die vom 26 Juli 1931 stammt, wird von berufener nationalsozialistischer Seite über die wahren Absichten für den Fall der Machtergreifung durch die Hitler-Bewegung folgendes gesagt:

„Da das Reich, die Länder und Gemeinden sowie das ganze schaffende Volk bei der Uebernahme der Regierung finanziell vor einem Nichts stehen werden, werden auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung

drakonische Sparmaßnahmen

einsetzen müssen, von denen auch die Beamtenschaft nicht ausgenommen werden kann. In welchem Ausmaß sie betroffen wird, läßt sich vorher schlecht sagen. Es ist daher nicht möglich, jetzt schon zahlenmäßige Feststellungen nach dieser Richtung zu machen."

Also hier, in einem Rundschreiben für einen ganz engen Kreis, sagt man die Wahrheit und spricht ganz offen davon, daß es

mit all den großen Versprechungen nichts ist,

daß man im Gegenteil mit **„drakonischen" Maßnahmen** vorgehen werde. Mit anderen Worten: man erstrebt das Gegenteil von dem, was aller Oeffentlichkeit versprochen wird. Die Nationalsozialisten hetzen die Beamten gegen den gegenwärtigen Staat. Sie mißbrauchen so die staatsbürgerlichen Rechte.

Wie sollen aber die Beamtenrechte im Dritten Reich aussehen?

Will man auch hier die gleiche Freiheit und die gleiche Großzügigkeit walten lassen. Das von mir zitierte Rundschreiben gibt auch Auskunft über den Teil der nationalsozialistischen Doppelzüngigkeit. Es lautet nämlich an einer Stelle:

„Der Gehaltsabbau wird naturgemäß unter der Beamtenschaft einen gewissen Widerstand hervorrufen. Es wird daher Aufgabe der Regierung und der ihr zur Seite stehenden nationalsozialistischen Beamtenorganisationen sein, den Beamten klarzumachen, daß zunächst für das Volksganze erst wieder eine Lebensmöglichkeit geschaffen werden muß . . . Letzten Endes liegt der Gehaltsabbau in dem ureigensten Interesse der Beamtenschaft . . ."

Diese Offenbarung ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens wird die bezeichnende Behauptung aufgestellt, daß ein Gehaltsabbau im Interesse der Beamten selbst gelegen sei, zweitens wird ausgesprochen, daß dieser Abbau den Beamten „klargemacht" werden müsse, im übrigen haben sie Order zu parieren und das Maul zu halten.

Wer aber Widerstand leistet, würde — siehe Borgheim — mit dem Tode bestraft."

Abg. Schäfer fuhr dann fort:

„Im August 1931 ist man sich im Braunen Haus darüber klar geworden, daß man

im Dritten Reich zu einer Aufhebung der Tarifverträge gelangen müßte.

Darum ist es auch verständlich, daß Thyssen ein so guter Freund des Herrn Hitler ist. Darum ist es durchaus begreiflich, daß

die Schwerindustriellen die Nationalsozialisten als ihre getreue Schutztruppe betrachten.

Denn ausschließlich die Interessen dieser Wirtschaftsgruppe werden von der Hitlerpartei wahrgenommen! Man betrügt die Arbeiter, die Bauern, die Beamten und versucht ebenfalls, die Kleingewerbetreibenden mit nichtssagenden Phrasen besoffen zu machen.

Das Dritte Reich soll aber ein Paradies für Scharfmacher und Kapitalisten sein. Im Dritten Reich sollen die Schaffenden in eine neue Leibeigenschaft gepreßt werden und die Köpfe derer, die hier Widerstand leisten, rollen rollen."

Abg. Schäfer schloß seine bemerkenswerten Ausführungen mit den Worten, daß

ein Sieg der Nationalsozialisten zum Untergange Deutschlands führen würde.

Die Beamten haben hier aus berufenem Munde gehört, was mit ihnen geschehen würde, wenn das sagenhafte „Dritte Reich" anbräche! Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die Irregeleiteten unter ihnen endlich zur Besinnung, zur Ernüchterung kämen. Oder bedarf es wirklich eines Anschauungsunterrichts am eigenen Leibe? Es scheint fast, als ob das bei nicht wenigen, die ihren gesunden Menschenverstand in den einstweiligen Ruhestand versetzt haben, notwendig wäre. Es wird dann aber zur Umkehr zu spät sein! Durch das Experiment des „Dritten Reiches" würde das Berufsbeamtentum seine endgültige Vernichtung erfahren.

Zobel-Brinkmann als schamloser Lohnabbauer

Die Aktiengesellschaft, die der Nähmaschinenarbeiterschaft einen 10prozentigen Lohnabbau gebracht hat, geht der Firma Martin Brinkmann in Bremen noch nicht weit genug. Sie möchte daher ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen Lohnabbau diktieren, der den Lohnstand vom 16. Januar 1927 um 4½ bis 26½ Prozent unterschreitet.

Die Belegschaft ist gegenüber dem Vorgehen der Firma aufs äußerste erregt, denn sie will nunmehr mit dem Lohnabbau, der auch nach Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verlangt wird, Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsvertretung, zu denen auch die zuständigen Organisationsvertreter hinzugezogen waren, scheiterten an der starren Haltung der Firma.

Was nicht sein darf

Eine ernste Mahnung

England, fünfziger, sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der Kapitalismus ist in mächtigem Aufblühen begriffen, die Industrialisierung schreitet gewaltig fort, Handarbeit wird überall durch Maschinen ersetzt. Diese erfordern jedoch keine volle Arbeitskraft, man bevorzugt die billigere Frauen- und Kinderarbeit, die Löhne werden so gedrückt, daß die ganze Familie mitzuarbeiten gezwungen ist. Zwölf, vierzehn, sechzehn und mehr Stunden am Tag.

In Marx' „Kapital" ist nachzulesen, wie in allen größeren Fabrikorten regelrechte Kindermärkte entstehen, auf denen Eltern ihre Kinder und diese sich selbst vom neunten Jahre ab meistbietend an die großen Manufakturen vermieten. Auf je eine Woche lautet der Kontrakt, und noch nicht zwei Schillinge beträgt das Entgelt für diese Zeit. Arme, willenlose Geschöpfe, der hemmungslosen Ausbeutungssucht eines unmenschlichen Systems schonungslos überantwortet.

Deutschland, siebzig Jahre später, 1931. Ein Fall von vielen, der uns vom Z.d.A. mitgeteilt wird: Ein Geschäftsinhaber sucht Lehrmädchen. Das Angebot ist groß, er wird nicht viel bezahlen brauchen. Da drängen sich einige Mütter vor: „Ach, Herr, behalten Sie das Mädel doch, es ist mir ja ganz gleich, was sie verdient. Und wenn Sie ihr gar nichts geben, ich möchte nur das Mädel nicht auf der Straße rumliegen lassen." Der Geschäftsinhaber schmunzelt, besser konnte er es sich nicht wünschen. Er kann für kostenlose Arbeitskräfte sein mitleidiges Herz zeigen.

Wir haben in Deutschland heute ausgedehnte Jugendschutzbestimmungen, gesetzlich beschränkte Arbeitszeit. Alle Gewerkschaften setzen sich für immer weiteren Ausbau der Rechte der Jungarbeiter ein. Solange es aber noch Menschen, Eltern gibt, die ohne Rücksicht auf das, was sie damit auch allen anderen Berufsverbänden anrichten, ihre Kinder kostenloser Ausbeutung überlassen, solange werden wir auch zu einem wirklich umfassenden Schutz der jugendlichen Arbeitskraft nicht kommen können.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung verfügt, wie aus ihren letzten Abrechnungen hervorgeht, zurzeit über einen Ueberschuß von rund 100 Millionen Mark. Sie braucht diesen Ueberschuß zur Deckung der im Januar, Februar und März sich ergebenden Mehrausgaben. Im Frühjahr wird vielleicht, wenn der Ueberschuß nicht reicht, wieder die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits notwendig. Ein solcher Kredit würde jedoch genau so wie im vergangenen Jahr ohne große Mühe zurückgezahlt werden.

Nicht unmöglich ist, daß Lausanne für das Frühjahr eine Entlastung bringt. Jedenfalls wird mit einer solchen Entlastung, wie aus verschiedenen Anzeichen der Wirtschaft geschlossen werden kann, bereits gerechnet.

Hausknechte des Unternehmertums

Was die Nazis den Arbeitgebern versprachen Zerschlagung der Gewerkschaften

Der frühere nationalsozialistische Kreisleiter und hessische Landtagsabgeordnete Schäfer führte in der Leipziger Versammlung des „Bundes für Recht und Freiheit" noch aus, daß ihn die zuständige Gauleitung der NSDAP. am 29. Mai 1931 beauftragt habe, auf einer mittelrheinischen Arbeitgebertagung zu betonen, daß die NSDAP. in der Zerschlagung der Gewerkschaften ihr Hauptziel erblicke.

* * *

Für uns ist das wahrlich keine Neuigkeit. Es ist allgemein klar, daß die Nazis nur dann herrschen könnten, wenn sie die stärksten Bastionen der Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaften zerstört hätten. Wenn sie sich auch zuweilen den christlichen Gewerkschaften gegenüber als gewerkschaftsfreundlich geben, so ist das pure Heuchelei wie ja auch vorstehende Mitteilung beweist. Am Ende muß der Dummkopf Hitler für seinen, ihm von der Industrie bezahlten Palast, für seine neue Berliner Residenz, wie auch für die übrigen braunen Häuser, die nur vom Gelde dieser Industrie und des Großgrundbesitzes zu errichten waren, auch etwas tun. Nur wird sich der Münchener Poseur dabei seine napoleonische Locke verbiegen, denn an den Gewerkschaften haben sich schon ganz andere Kerle die besten Zähne ausgebissen.

Immerhin, die Mitteilung, daß die NSDAP. in der Zerschlagung der Gewerkschaften ihr Hauptziel erblickt, nehmen wir erneut zur Kenntnis und werden gern dafür sorgen, daß die Nazis bei ihrem Versuch sich 100prozentig den Schädel einrennen.

Es geht um die Wurst

Die Wirtschaftswurst des Langnam-Vereins

Vor einiger Zeit gab der Langnam-Verein ein illustriertes Flugblatt heraus, in dem den hohen Löhnen die Schuld an der Einschrumpfung der Wirtschaft zugeschrieben wird. In der Illustration wird der Arbeiterschaft an einer auf einem Tisch liegenden Riesenwurst gezeigt, daß, wenn einige ein zu großes Stück haben wollen, für einen Teil nichts übrig bleibt. Die, die nichts abbekommen, stellen die Arbeitslosen dar.

Der Langnam-Verein arbeitet nach dem schönen Spruch: Es ist nichts zu dumm — es findet doch sein Publikum. Wenn er statt der Arbeiter, die an dem Tisch mit der Wurst sitzen, die Herrschaften Lahusen und Natzenellenbogen und die Havag-Direktoren hingesetzt hätte, dann könnte die Sache einigermaßen stimmen. Schade, daß sich noch keiner darangemacht hat, einmal die Zahl der Generaldirektoren, Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Personen mit Beamten von früher und jetzt miteinander in Parallele zu stellen. Dann würden wahrscheinlich manchem die Augen aufgehen. Er würde dann sehr schnell herausfinden, wer sich von der Wirtschaftswurst bisher das größte Stück abgeschnitten hat. Für heute nur ein kleines Beispiel dafür:

Einem Werk der Grobkeramik steht ein Mann vor, der heute vom Staat 9900 Mark Pension bezieht und als Leiter des Werkes 42 500 Mark Gehalt hat. Dieses Werk zählte in der Friedenszeit 675 bis 700 Beschäftigte. Bei dieser Belegschaftsstärke waren 1 Direktor und 2 Prokuristen vorhanden.

Heute sind in diesem Werk nur 180 bis 200 Beschäftigte, trotzdem aber 3 Direktoren und 9 Prokuristen. Der Direktor bekam in der Vorkriegszeit ein Gehalt von 8000 Mark; heute bezieht er, wie schon erwähnt 42 500 Mark, neben seiner staatlichen Pension von 9900 Mark. Was seine beiden Mitkollegen und die Prokuristen beziehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls bekommen diese ein Vielfaches dessen, was in der Vorkriegszeit für ihre Posten ausgegeben wurde oder ausgegeben worden wäre, wenn sie besetzt gewesen wären.

Das ist nur ein Beispiel für Tausende. Auch dort, wo die Beschäftigtenzahl auf ein Bruchteil der Belegschaft der Vorkriegszeit herabgesunken ist, sind heute nicht um 200—400 Prozent mehr führende Angestellte vorhanden, die alle von der Wurst des Langnamvereins sich die größten Stücke abschneiden. Die deutsche Wirtschaft krankt an ganz anderen Dingen als an zu hohen Arbeiterlöhnen.

* * *

Gerade die Grobkeramik ist ein Schulbeispiel dafür, wie wenig die Noch-Arbeitenden von der Wirtschaftswurst abbekommen, obwohl die Zahl der arbeitslosen Kollegen immer mehr zunimmt. Riesige Stillegungen sind vorgenommen worden. Wie stark der Rückgang der Beschäftigung in der Grobkeramik ist, kann man aus den Zahlen der Schlußberichte über die Lohnbewegungen entnehmen. Bei den Tarifbewegungen 1928/29 wurden insgesamt 5558 Betriebe mit 215 429 Beschäftigten angegeben, 1931 dagegen nur noch 4189 Betriebe mit 129 150 Beschäftigten, also 1029 Betriebe mit 86 270 Beschäftigten weniger wie 1928/1929. Dabei entsprechen diese Zahlen noch nicht einmal voll der Wirklichkeit. In der Ziegelindustrie hat z. B. die größte Anzahl der Betriebe in vielen Bezirken nur ganz kurze Zeit gearbeitet. Aus einigen kleineren Bezirken Süddeutschlands wird gemeldet, daß sämtliche Ziegelbetriebe schon jahrelang ihre Pforten geschlossen halten und gar keine Aussicht auf Wiederaufnahme der Produktion sei. Aehnlich liegt es in der Zementindustrie. Der größte Teil der Betriebe ist entweder ganz stillgelegt oder nur ein Bruchteil der normalen Belegschaft arbeitet.

Trotzdem also die ganze Last der Krise auf die Arbeiter abgewälzt ist, herrscht überall schärfster Lohndruck und zwar auch dort, wo fast gar nicht produziert wurde. Auch dort wurden die Lohntarife und zu einem großen Teil auch die Manteltarife gekündigt. Wo die Arbeitgeber zum Tarifabschluß bereit waren, forderten sie selbstverständlich die kürzeste Frist für einen solchen Abschluß. Bei den Verhandlungen verzichteten sie darauf, überhaupt noch wirtschaftliche oder sonstige Erwägungen für ihre Lohnabbauforderungen zur Geltung zu bringen. Sie erklärten einfach offen und brutal, sie müßten soundsoviel Lohnkürzung haben und damit basta. Vor allem die Unternehmer der Ziegelindustrie haben sich hier wenig rühmlich hervorgetan. Doch die Unternehmer viel Unterstützung bei den Schlichtungsbehörden fanden — wer wollte sich darüber wundern? Die gewerkschaftlichen Unterhändler betrachteten infolgedessen vielfach die Schlichtungsverfahren für überflüssig, da sie bei ihnen ja doch sich besser wegkamen, als in freien Verhandlungen.

Dennoch gelang es der zähen Verhandlungsarbeit der Gewerkschaften, sowohl in der Ziegel- wie in der Zement- wie in der Betonwaren-, Kalk- und Gips-Industrie, die Lohnabbauforderungen zurückzudrängen und durch Tariferneuerung den vielfach eingerissenen tariflosen Zuständen, die der Willkür der Arbeitgeber Tür und Tor öffneten, ein Ende zu setzen. Selbstverständlich mußten viele Einzeltarife abgeschlossen werden, weil infolge der Auflösung der Arbeitgeberverbände ein für mehrere Werke abgeschlossener Tarifvertrag nicht mehr zustande kam. Daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage vor allem in der Grobkeramik die Arbeiter in der Lohnfrage große Opfer bringen mußten, versteht sich von selbst. Sie haben von der Wirtschaftswurst am allerwenigsten bekommen.

Wenn aber nächstens gar keine Löhne mehr gezahlt werden sollten, dann wird die Unternehmerpresse noch immer das Märchen von den zu hohen Löhnen weiter erzählen. Man hört ja auch an den Verhältnissen in der Württembergischen Schwerindustrie wie in der Rheinschiffahrt und an verschiedenen anderen Stellen, daß die Unternehmer auch mit der Lohnsenkung der Notverordnung noch lange nicht zufrieden sind. Selbst essen, nicht satt. Das ist ihr Wirtschaftswurst-Programm. Dem Arbeiter überlassen sie großmütig vielleicht den — Wurstzipfel. Sie sind ja keine Unmenschen.